ES WIRD ZEIT.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2019

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landau in der Pfalz

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

INHALT

EINLEITUNG 4

1. WOHNEN UND BAUEN 5

Mietwohnungsbau 6
Wohnungsbaugesellschaft 7
Wohneigentum 8
Quartiersentwicklung 9
Studentisches Wohnen 10
Stadtdörfer 12
Nachverdichtung 12
Landau XXL 13

2. MOBILITÄT 15

Fußverkehr 16
Radverkehr 16
Bus und Bahn 18
Autoverkehr 19
Stadtdörfer 21
Studentische Mobilität 21
Kommunikation 22

3. KLIMASCHUTZ, UMWELT UND ENERGIE 24

Klimaschutz und Klimaanpassung 25
Energie 26
Umwelt 27
Weinbau, Landwirtschaft und Boden 28
Fairtrade und Regional 29
Sauberkeit und Müllvermeidung 29

4. SOZIALES UND BILDUNG 31

Familien und Kitas 32
Jugend 32
Gleichberechtigung 33
Inklusion und Barrierefreiheit 34
Seniorinnen und Senioren 34
Integration und Migration 35
Schulen 36
Ehrenamt und Stadtteilbüros 36

5. UNIVERSITÄTSSTADT, KULTUR UND SPORT 38

Universitätsstadt 39
Kultur 40
Sport 42

6. WIRTSCHAFT UND HAUSHALT 44

Haushalt 44
Wirtschaft 45

7. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG 47

Bürgerbeteiligung 47
Beiräte 48
Widerstand gegen Rechts 48
Stadtrat, Fraktionen und Stadtvorstand 49
Koalitionen 50

EINLEITUNG

Liebe Landauerinnen, liebe Landauer,

wir leben in einer Zeit der Veränderungen. In einer Zeit, in der sich soziale und ökologische Fragen zuspitzen. In der die Errungenschaften unserer Demokratie und unseres gemeinsamen Europas in Zweifel gezogen werden. Klimawandel, Verkehrswende, Wohnungsnot – diese großen Aufgaben scheinen manchmal, als lägen sie außerhalb unserer Reichweite. Aber das tun sie nicht. Die Zukunft entscheidet sich auch hier vor Ort, in Landau.

Im Mittelpunkt grüner Politik stehen die Menschen mit ihrer Würde und ihrer Freiheit - in Gegenwart und Zukunft. In dem Moment, in dem uns bewusst wird, dass ein 2019 geborenes Mädchen eine Lebenserwartung von einhundert Jahren hat, ist die Beschneidung ihrer Freiheit durch den Klimawandel keine ferne Diskussion mehr. Und wenn wir verstehen, wie hohe Mieten hart verdiente Gehälter auffressen, ist Wohnungspolitik keine Frage mehr des Geschmacks Weniger, sondern der Bedürfnisse Vieler.

Für uns GRÜNE wird es Zeit zu kämpfen. Für die Bewahrung der Lebensgrundlage der Menschheit, die Verteidigung unserer Freiheit und Solidarität mit allen Menschen. Für den einen Planeten, den wir haben, ein geeintes Europa und unsere Stadt.

Sie entscheiden am 26. Mai 2019 mit Ihrer Stimme über die Zusammensetzung des Stadtrates und des Europaparlaments. Sie entscheiden über unsere Stadt. Wir lieben Landau. Es wird Zeit, dass unsere Stadt Teil der Lösung wird. Es wird Zeit, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landau.

Lea Saßnowski und Lukas Hartmann

Spitzenkandidierende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landau

1. WOHNEN UND BAUEN

Wohnen ist in Landau wie in allen anderen beliebten Städten Deutschlands zu der sozialen Frage der Gegenwart geworden. Gesunkene Zinsen haben Investoren in den Wohnungsmarkt gelockt und lassen die Kaufpreise und Mieten steigen. Hinzu kommen der Wunsch nach immer mehr Wohnfläche pro Person und der demografische Wandel in Kombination mit einem Mangel an Infrastruktur auf dem Land. Wenn es in Dörfern weder Bäcker noch Ärzte, weder Kitas noch Grundschulen gibt, zieht es viele junge Familien wie auch Seniorinnen und Senioren in die Städte. Das erhöht zusätzlich den Druck auf den Wohnungsmarkt und kann zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte in entlegenere Gegenden führen. Gerade die, die am dringendsten auf alle Formen kommunaler Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Öffentlichen Verkehr, Sport- und Kultureinrichtungen sowie medizinische Versorgung angewiesen wären, leben dann am weitesten von ihr entfernt. Wenn in Landau kein zusätzlicher Wohnraum entsteht oder nur enorm hochpreisiger in Form von Einfamilienhäusern, kommt es genau zu dieser Entwicklung.

Als GRÜNE wollen wir eine Stadt mit Wohnraum für Alle! Deshalb brauchen wir mehr Mietwohnraum, weil Mieterinnen und Mieter die schwächsten Akteure auf dem Wohnungsmarkt sind. Für sie wollen wir höhere Quoten beim Mietwohnungsbau und mehr Wohnungen pro Hektar. Eine **städtische Wohnungsbaugesellschaft** ohne Absicht auf Gewinnerzielung kann langfristig Mietwohnraum bauen, sanieren und halten, der nicht nach zwei Jahrzehnten in Eigentumswohnungen umgewandelt wird. Dichter bebaute Quartiere schaffen wir über Baugemeinschaften, die weit günstigere **Eigentumsbildung** als über Bauträger ermöglichen. So lässt sich der Flächenverbrauch reduzieren, die Energieeffizienz erhöhen, ebenso die Verkehrsinfrastruktur wie Bus und Fahrrad fördern. Wenn neue Baugebiete ausgewiesen werden, kämpfen wir für **städtische Quartiere**. Diese zeichnen sich durch Miet- wie auch Eigentumswohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege und soziale Infrastruktur aus.

Neben Verkehrsinfrastruktur sind Wohnen und Bauen der wichtigste Bereich kommunaler Politik. Mit dem Beschluss von Bebauungsplänen kann eine Gemeinde erheblich eingreifen in die Art und Weise der Wohnraumentwicklung. In Landau hat sich zudem die von uns unterstützte Praxis des kommunalen Zwischenerwerbs etabliert, bei der die Stadt Grundstücke kauft, zu Bauland macht und dieses wiederum unter Auflagen an Bürgerinnen und Bürger weiterverkauft. Zu diesen können **Mietwohnungsbauquoten** ebenso gehören wie Photovoltaikanlagen und Begrünungen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften gehören auch zur Daseinsvorsorge einer Stadt. Landau beginnt in diesem Jahr wieder mit dem Bau eigener Wohnungen, nachdem die Ratsmehrheit gegen unsere Stimmen Anfang der 2000er Jahre die Hälfte der städtischen Wohnungen verkaufte. Das Land greift hierbei vor allem im Rahmen der Regionalplanung ein, die für einzelne Gemeinden Entwicklungspotenziale festlegt und deren Einhaltung überwachen soll. Aber auch die Förderkriterien des sozial geförderten Mietwohnungsbaus und Studierendenwohnheime sind vor allem Landespolitik.

Auf Bundesebene schlagen wir GRÜNE mit Instrumenten wie der Wohngemeinnützigkeit Wege vor, wie viele kommunale Probleme gelöst werden könnten. Vor allem ist aber der Bund zuständig für die Höhe der Fördermittel des sozial geförderten Mietwohnungsbaus, die auf die Länder verteilt werden.

Wir bevorzugen die Größe „Personen pro Hektar", bei der sowohl Bewohnerinnen und Bewohner wie auch die Anzahl der Arbeitsplätze einbezogen werden. Unsere politischen Mitbewerbende bevorzugen jedoch die Angabe „Wohneinheiten pro Hektar". Da damit aber sowohl 200-Quadratmeter-Einfamilienhäuser wie auch Ein-Zimmer-Apartments gemeint sein können, ist diese Angabe missverständlich. In Landau leben momentan durchschnittlich 1,9 Personen pro Wohneinheit. Wenn wir im Weiteren von „Wohneinheiten" sprechen, meinen wir für Familien oder mindestens vierköpfige Wohngemeinschaften geeignete Wohnungen.

Mietwohnungsbau

Die Mehrheit der Deutschen sind Mieterinnen und Mieter – ob aus finanziellen Gründen oder aus Überzeugung. Beispiele dafür sind Familien, die noch nicht wissen, wie viele Kinder sie bekommen, Menschen mit geringem Einkommen oder Studierende, aber auch Menschen, die sich nicht an Wohneigentum binden möchten. Viele solcher Menschen sind auch in Landau auf niedrige Mieten angewiesen, allerdings gibt es nur 500 Wohnungen, deren Mietpreis gebunden ist.

Auf GRÜNE Initiative wurde letztlich bei der Vergabe städtischer Grundstücke eine **Wohnflächenquote für den sozial geförderten Mietwohnungsbau** innerhalb eines Quartiers eingeführt. Wir beantragten stets 30 Prozent, konnten aber bis Anfang 2019 nur 25 Prozent gegen die Ratsmehrheit der Großen Koalition durchsetzen. Am 19. Februar 2019 setzten wir uns inhaltlich weitgehend durch: eine höhere Quote, die Hälfte für Geringverdienende, für alle Baugebiete. Die SPD versagte jedoch unserem weitergehenden Antrag die Unterstützung, der die geförderten Mietwohnungen zusätzliche Jahre als solche erhalten hätte. Wir wollen die höhere Quote nun bis Ende 2021 beobachten und bei einem Erfolg weiter erhöhen.

Die von der Bundesebene zur Verfügung gestellten Mittel für den sozial geförderten Mietwohnungsbau werden nach auf der Landesebene beschlossenen Kriterien vergeben. Diese legen fest, dass Bauende im Gegenzug für eine staatliche Förderung, Wohnungen nur für eine gewisse Miete an bestimmte Personen vermieten dürfen. Dieser Höchstmietpreis unterscheidet sich je nach Stadt. In Landau beträgt sie je nach Personengruppe maximal 6 beziehungsweise 7 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche. Infrage kommende Personen dürfen ein gewisses Einkommen pro Person des Haushalts nicht überschreiten. Das Land Rheinland-Pfalz unterscheidet seit kurzem drei Einkommensgruppen. Während es sich bei der ersten um Geringverdienende handelt, bei denen eine vierköpfige Familie ein Höchsteinkommen von knapp 4.000 Euro brutto im Monat haben darf, orientieren sich die anderen beiden an ersterer. Diese dürfen das Einkommen der Geringverdienenden um bis zu 40 Prozent (5.600 Euro pro Monat) beziehungsweise 60 Prozent (6.400 Euro pro Monat) überschreiten. Das Land fördert diese Art des Wohnungsbaus umso höher, umso niedriger das maximale Einkommen der zukünftigen Mieterinnen und Mieter sein darf, und je länger die Vermietenden daran gebunden werden, nur an diese Personengruppe zu vermieten. Nach Ablauf dieser Bindung dürfen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Mittelfristig streben wir eine **Erhöhung dieser Wohnflächenquote auf 40 Prozent** an. In Freiburg beispielsweise wurde vom Stadtrat zwar eine 50 Prozent-Quote beschlossen, konnte aber nicht eingehalten werden, wodurch ständige Ausnahmen die Quote an sich in Frage stellten. Uns ist keine Landau vergleichbare Stadt bekannt, bei der 40 Prozent scheiterten. Deshalb soll mindestens die **Hälfte des entstehenden Wohnraums exklusiv für Geringverdienende** zur Verfügung stehen; die

Mietpreisbindung erhöhen wir auf 20 Jahre.

Zusätzlich halten wir **preisgedämpften Mietwohnungsbau** für eine sinnvolle Option. Hierbei würde über städtebauliche Verträge festgelegt, dass Mietwohnungen zwar außerhalb der Quote des sozial geförderten Mietwohnungsbaus errichtet werden können, als Stadt würden wir jedoch dann andere zusätzliche Rahmenrichtlinien festlegen. So wäre eine Erhöhung der Mindestlaufzeit als Mietwohnungen auf 40 Jahre mit einer Mietpreisbegrenzung auf maximal 10 Euro pro Quadratmeter eine denkbare Option. Wenn überhaupt Ausnahmen von der sozial geförderten Mietwohnungsbauquote gewährt werden sollten, dann nur verknüpft mit einer solchen oder ähnlichen Maßnahme.

Da in Landau eine Wohnflächenquote und keine Wohneinheitenquote gilt, führt eine höhere bauliche Dichte pro Hektar automatisch zu mehr sozial gefördertem Mietwohnungsbau. Bei den von uns vorgeschlagenen **100 Wohneinheiten pro Hektar** würden also ungefähr 40 sozial geförderte Mietwohnungen entstehen, während es für einen Hektar Einfamilienhausviertel aktuell nur sieben Mietwohnungen wären.

Wir achten zudem auf hohe bauliche Standards in den Feldern Energieeffizienz, Wärmedämmung, Photovoltaikanlagen, Nahwärmenetze und Begrünung, sodass Nebenkosten für Heizung, Strom und Klimatisierung gering bleiben.

Wohnungsbaugesellschaft

2014 zogen wir GRÜNE als einzige Partei für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft in den Kommunalwahlkampf und machten sie auch 2015 zum Thema des Oberbürgermeisterwahlkampfes. Dank unseres Einsatzes wird das Gebäudemanagement (GML) der Stadt Landau 2019 wieder mit dem Bau eigener Wohnungen beginnen.

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ist Stadtentwicklungsmotor und soziale Einrichtung zugleich. Sie kann Projekte wie Baugemeinschaften oder auch Unternehmensgründungen fördern und **langfristig Wohnraum schaffen**, der als Mietwohnraum erhalten bleibt und allen Mieterinnen und Mietern eine Chance gibt. Damit sich einerseits möglichst viele Landauerinnen und Landauer mit den Zielen der Wohnungsbaugesellschaft identifizieren, und andererseits regionale Möglichkeiten der Wertschöpfung geschaffen werden, wollen wir Investitionsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt schaffen.

Wichtig für die Wohnungsbaugesellschaft ist es, den Grundstock an Wohnungen zu erhöhen. Dafür wollen wir den Bestand von 250 auf **400 Wohneinheiten bis 2024** vergrößern. Da wir eine nachhaltig erfolgreiche Wohnungsbaugesellschaft wollen, muss diese gut genug wirtschaften, um langfristig weiter zu wachsen und Wohnungen sanieren zu können. Trotzdem wollen wir, dass von diesen 150 zusätzlichen Wohnungen schon jetzt mindestens 40 Prozent als sozial geförderte Mietwohnungen entstehen.

Alle übrigen Wohneinheiten sollen als **Wohngemeinschafts- und Familienwohnungen** realisiert werden. Dabei ist uns ein Standard wichtig, der Küchen als Gemeinschaftsräume plant, Tageslichtbäder sowie mindestens vier weitere Räume beinhaltet. Die Kaltmiete dieser übrigen Wohneinheiten darf 10 Euro pro Quadratmeter nicht übersteigen, wobei diese Miete gerade für Wohngemein-

schaften in Landau noch recht niedrig liegt. In allen städtischen Wohnungen sollen mindestens die Erdgeschosswohnungen barrierefrei errichtet werden, um auch Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Seniorinnen und Senioren Wohnungen zu Verfügung zu stellen. Alle übrigen Wohnungen sollten zumindest barrierearm realisiert werden. Der Energiestandard KFW40 wird bei all diesen Projekten nicht unterschritten.

Für Baugemeinschaften, egal ob als Baugruppen oder Genossenschaften, wie auch für andere Investoren soll die **Wohnungsbaugesellschaft als Dienstleister** auftreten können. Gegen eine Gebühr können so sozial geförderte Mietwohnungen durch diese verwaltet werden. Bei Baugemeinschaften, die zur Errichtung von sozial geförderten Mietwohnungen verpflichtet wurden, dieser Verpflichtung aber nicht nachkommen können oder möchten, soll die Wohnungsbaugesellschaft einspringen und innerhalb der Baugemeinschaften deren Quote erfüllen.

Als Vermieterin kommt der Stadt eine besondere Verantwortung zu. Deshalb wollen wir alle städtischen Wohnungen, ob mietpreisgebunden oder nicht, ausschließlich an Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein vermieten. Diese haben durch ihr Einkommen nachgewiesen, dass sie nicht zur Gruppe der Gutverdienenden gehören. Um den eigenen Mieterinnen und Mietern aber auch anderen Menschen in der Stadt zur Seite zu stehen, wollen wir eine Stelle **„Sozialberatung“** innerhalb der Wohnungsbaugesellschaft schaffen, die Unterstützungs- und Beratungsangebote vermittelt oder bei drohender Wohnungslosigkeit hilft. Grundsätzlich wollen wir Nebenkosten nicht pauschal abrechnen, um den sparsamen Umgang mit Ressourcen zu belohnen. Nach energetischen Sanierungen werden wir die Kaltmiete bei nicht gebundenen Wohnungen um die prognostiziert eingesparten Heizkosten erhöhen, um weitere Instandsetzungen finanzieren zu können. Um zu verhindern, dass zum Beispiel nach dem Auszug der Kinder zwei Personen weiterhin eine Fünf-Zimmer-Wohnung bewohnen, schaffen wir Anreize um innerhalb der Wohnungsbaugesellschaft in eine passendere Wohnung umzuziehen. Die Übernahme der Umzugskosten halten wir dabei ebenso für geeignet wie das Erlassen einiger Monatsmieten.

In **Wohngemeinschaftswohnungen** stellt die Wohnungsbaugesellschaft Küche und Waschmaschine zur Verfügung, die mit den Nebenkosten abgegolten werden. Um der besonderen Situation von Wohngemeinschaften gerecht zu werden, sollen diese zwar Zimmer für Zimmer vermietet werden, die Wohngemeinschaft erhält aber die Gelegenheit eine passende Person zu finden. Wenn dies drei Monate nach Kündigung des Mietverhältnisses nicht gelingt, übernimmt die Wohnungsbaugesellschaft die Suche eines Nachmieters oder einer Nachmieterin.

Wohneigentum

Eigentumsbildung ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel, insbesondere mit Blick auf die eigene Altersvorsorge. Doch mit steigenden Baukosten und höheren Preisen für Bauland kostet heutzutage ein freistehendes Einfamilienhaus bescheidener Größe in Landau mindestens 500.000 Euro über einen Bauträger. Solche Summen kann sich mehr als die Hälfte der Landauerinnen und Landauer nicht leisten. Hinzu kommt, dass Bauland begrenzt ist, für weitere Grundstücke Landwirte und Winzer ihre Existenzgrundlage verlieren und Einfamilienhausviertel aus ökologischen und energetischen Gründen ineffizient sind.

Aus all diesen Gründen setzen wir auf **Eigentumsbildung über Baugemeinschaften**. Während Baugenossenschaften auch nach der gemeinschaftlichen Errichtung eines Wohngebäudes Bestand haben, weil die Mitglieder Anteile an der Baugenossenschaft halten, existieren Baugruppen ausschließlich bis zur Fertigstellung. Beide Formen von Baugemeinschaften kaufen selbst die Grundstücke, beauftragen Architekten und Handwerker und sparen bis zu 25 Prozent der Entstehungskosten bei gleicher Qualität und Wohnfläche. Zudem gelingt so hochwertiges und sehr individuelles Bauen, bei dem persönliche Wünsche und Vorlieben der Bauenden die entscheidende Rolle spielen. Mit unserem Ansatz, pro Hektar 100 Wohneinheiten zum Standard zu machen, sparen Mitglieder von Baugemeinschaften bei gleicher Wohnfläche pro Partei im Vergleich mit einem Einfamilienhausviertel durchschnittlich 80.000 Euro. Außerdem teilen sich Baugemeinschaften oft Räumlichkeiten wie Versammlungsräume für Feiern, Werkstätten, Fahrradkeller, Gästewohnungen oder Musikzimmer, sodass jeder einzelne darauf Zugriff hat, aber die Lasten geteilt werden.

Um das alles zu fördern, reservieren wir **70 Prozent der kernstädtischen Wohnbauflächen** für Baugemeinschaften, die Wohnungsbaugesellschaft und soziale Infrastruktur wie Kitas. Mit unseren Mietwohnflächenquote von 40 Prozent schaffen wir so pro Hektar durchschnittlich 60 große Eigentumswohnungen, also dreimal mehr als in einem Einfamilienhausviertel, und zugleich 40 Mietwohnungen. Wir richten zudem eine volle Stelle zur Unterstützung und Beratung von Baugemeinschaften innerhalb der Verwaltung ein. Außerdem ermöglichen wir es auch sehr **kleinen Baugemeinschaften** von gerade einmal drei oder vier Parteien, Grundstücke zu erwerben und zu bebauen.

Damit das alles funktioniert, müssen auch innerhalb von Baugemeinschaften geförderte Mietwohnungen errichtet werden. Baugenossenschaften in Landau, wie zum Beispiel in der Haardtstraße, haben das schon getan oder tun es gerade. Wir wollen deshalb in jeder Baugemeinschaft 33 Prozent der Wohnungen oder 25 Prozent der Wohnfläche als geförderte Mietwohnungen realisiert sehen. Den Baugemeinschaften soll es dabei vorbehalten bleiben, einen für sie passenden Förderweg nach den Rahmenrichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz auszuwählen. Durch die damit verbundene zeitlich begrenzte Mietbindung, steht es Baugemeinschaften frei, nach 20 Jahren diese Wohnungen zu verkaufen, selbst nach einer Familienphase im gleichen Haus in eine kleinere Wohnung zu ziehen oder sie weiter als Teil der Altersvorsorge zu vermieten. Wenn sich innerhalb einer Baugemeinschaft keine Partei findet, die diese Verpflichtung übernehmen möchte, steht die städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Übernahme dieser Pflicht bereit. So wollen wir gerade kleinere Wohnungen für Alleinstehende und Alleinerziehende mit einem Kind schaffen.

Quartiersentwicklung

Um Wohnraum für Alle zu schaffen, sei es mehr Mietwohnraum oder günstige Eigentumsbildung über Baugemeinschaften, braucht es bei der Quartiersentwicklung einige wichtige Rahmensetzungen, auch für Ökologie und Mobilität. Die wichtigste Grundlage hat Landau mit dem **System des kommunalen Zwischenerwerbs** geschaffen. Dabei kauft die Stadt Bauland auf, entwickelt und verkauft es unter Auflagen. Dazu gehören nicht nur Quoten für den sozial geförderten Mietwohnungsbau und Vergaberichtlinien, sondern auch eine Baupflicht, damit die Grundstücke nicht als Wertanlage missbraucht werden. An dieser Vorgehensweise wollen wir festhalten und sie in einigen Aspekten weiterentwickeln.

Bis zu 70 Prozent der bebaubaren kernstädtischen Flächen wollen wir an Baugemeinschaften sowie an die Wohnungsbaugesellschaft und das Gebäudemanagement Landau verkaufen. In den Stadtdörfern sollen mindestens 20 Prozent hierfür zur Verfügung stehen. Die so entstehenden Quartiere wollen wir vorplanen und **mindestens 100 Wohneinheiten pro Hektar in der Kernstadt** – bei maximal vier Vollgeschossen – sowie **50 Wohneinheiten pro Hektar in den Stadtdörfern** zum Standard machen. Zur Vorplanung soll in der Kernstadt die so genannte Blockrandbebauung gehören, bei der die Gebäude auf der Grundstücksgrenze errichtet werden. So schaffen wir größere innenliegende Gemeinschaftsgärten, die nicht einsehbar sind, und ermöglichen es auch kleinen Baugemeinschaften Teile der vorgeplanten Gebäude zu entwickeln. Bei der **Vergabe der Grundstücke** wollen wir an der bisherigen Praxis Landaus festhalten, Grundstücke vorrangig an Landauerinnen und Landauer zu verkaufen. Bei der Preisgestaltung achten wir darauf, soziale Infrastruktur, höhere Dichte und einen größeren Anteil an sozial gefördertem Mietwohnungsbau gegenüber Investoren zu begünstigen.

Neue Quartiere wollen wir um einen zentralen Platz herum entwickeln, auf dem Spielplatz und Kita ebenso zu finden sind wie Einkaufsmöglichkeiten und Gastronomie im Erdgeschoss der umliegenden Gebäude. Dach- und Fassadenbegrünung, zahlreiche Bäume im öffentlichen Raum, die Verpflichtung zur Installation von Photovoltaikanlagen und der Energie- und Dämmstandard KFW40 sorgen für einen ökologischen Beitrag zum Klimaschutz und Kleinklima. **Gestaltungssatzungen** wollen wir liberalisieren und auf ein Minimum beschränken, sodass die Menschen frei über die Farbe ihrer Häuser entscheiden können. So genannte Steingärten wollen wir verbieten.

Um Baukosten zu senken reduzieren wir die Mindeststellplatzanzahl auf einen Stellplatz pro Wohneinheit. Da wir Wohnfläche und Grünanlagen für wichtiger halten als ebenerdiges Parken, setzen wir auf gemeinsame Tiefgaragen und reduzieren das ebenerdige Parken auf Sozialdienste, Menschen mit Beeinträchtigungen, Hebammen, Handwerksfirmen und Lieferdienste sowie einen **Quartiersparkplatz**, der zugleich **als Mitfahrerparkplatz** dienen soll. Stattdessen setzen wir auf eine gute Busanbindung und alle Elemente guter Radinfrastruktur, Verkehrsberuhigung und dementsprechend gestaltete Straßen.

Städtebauliche Wettbewerbe können als Ideengeber eine starke Bereicherung für die Stadtentwicklung sein. Sie müssen aber, finden wir, auf solchen klaren politischen Vorgaben fußen, wie wir sie darlegten.

Studentisches Wohnen

Aufgrund des Wachstums unserer Universität und der Attraktivität Landaus zog es in den vergangenen Jahren immer mehr Studierende auch zum Wohnen nach Landau. Durch deren hohe Flexibilität und einen **Mangel an Wohnheimplätzen** nehmen Studierende seitdem quasi alle Formen von Wohnraum in Anspruch, vom Ein-Zimmer-Apartments bis zum Einfamilienhaus in einem Stadtdorf. Als Gruppe mit geringem Einkommen sind sie so Leidtragende der Mietpreisentwicklungen, da manche Vermieterinnen und Vermieter beim Zimmer-für-Zimmer Vermieten bis zu 20 Euro pro Quadratmeter verlangen. So steigen die Mietpreise für alle in der Stadt, da jede Wohnung potenziell auch an Studierende vermietet werden könnte. Dem wollen wir neben unserer höheren Quote geförderter Mietwohnungen auf drei Wegen begegnen.

Jede dritte neu gebaute Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft soll als **Wohngemeinschaftswohnung für Studierende und Auszubildende** vermietet werden. Diese wählen ihre Mitbewohnerinnen und Mitbewohner nach einer Kündigung innerhalb von drei Monaten selbst aus, um der besonderen Situation einer Wohngemeinschaft gerecht zu werden. Schon beim Bau achten wir auf Tageslichtbäder und Küchen als Gemeinschaftsräume. Mit einer trennscharfen Abrechnung der Nebenkosten halten wir diese niedrig, statten die Wohnungen mit Küche und Waschmaschine aus und verlangen nicht mehr als 10 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete. So liegen wir insgesamt weit niedriger als viele Akteure auf dem Markt und nutzen diese Mittel innerhalb der Wohnungsbaugesellschaft für weitere Sozialwohnungen.

Das **Studierendenwerk Vorderpfalz** als Träger der öffentlichen Studierendenwohnheime kann bisher nur für unter fünf Prozent der Landauer Studentinnen und Studenten Plätze anbieten. Diese Quote wollen wir durch die Schaffung hunderter Wohnheimplätze in den kommenden zehn Jahren möglichst verdoppeln. Dafür setzen wir auf Landesebene auf die stärkere Förderung von Studierendenwohnheimen, was wir bereits auf dem grünen Landesparteitag 2018 durchsetzen konnten. Kommunal wollen wir dem Studierendenwerk Grundstücke vergünstigt verkaufen oder über das Instrument „Erbpacht“ dauerhaft überlassen. Sollte es zum Beispiel nicht zur Entwicklung des Südcampus kommen, halten wir zum Beispiel das dafür vorgesehene Grundstück für eine denkbare Option. In Gesprächen sowie über unseren Sitz im Verwaltungsrat des Studierendenwerkes wollen wir auf scharfe Nebenkostenabrechnungen, Wohngemeinschaftswohnungen statt Ein-Zimmer-Apartments und die Abkehr von der Komplettmöblierung aller Zimmer drängen und die günstige Grundstücksabgabe hiermit verbinden. Wir kritisieren Quadratmetermieten über das Studierendenwerk, die näher an 20 Euro pro Quadratmeter liegen als an 10, und werden solche Mieten weder fördern noch unterstützen. Ausnahmen von der sozial geförderten Mietwohnungsbauquote für Studierendenwerke werden wir nur unterstützen, wenn sichergestellt wird, dass die Miete für alle Mieterinnen und Mieter erträglich ist. Bestehende Wohnheime wollen wir besser anbinden, indem wir zum Beispiel den Weg vom Campus zum Wohnheim in der Godramsteiner Straße ausleuchten und barrierefrei ausbauen.

Neben diesen öffentlichen Akteuren setzen wir auch auf private Initiativen zur Schaffung von Wohnraum für Studierende. Dazu gehören der Anstoß zu Neubauinitiativen von Wohngemeinschaftswohnungen und die Attraktivierung von Wohnraum auf den Stadtdörfern durch eine bessere Verkehrsanbindung mit Fahrrad und Bus. Auch der schon 2014 von uns vorgebrachte Vorschlag, einen Ableger des Mietshäuser-Syndikats in Landau zu gründen, fände weiterhin unsere Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir ein Konzept entwickeln, wie der wenig genutzte Wohnraum in Landau besser ausgenutzt wird. Ein solches **„Remanenzkonzept“** würde Studierende und Auszubildende insbesondere mit älteren Bürgerinnen und Bürgern zusammenbringen, die bereit wären einen Teil ihrer Häuser oder Wohnungen unterzuvermieten. Wir halten dafür eine respektvolle Ansprache für entscheidend. Zudem kann so auch ein Beitrag gegen Altersarmut und soziale Isolation geleistet werden. Die vom Seniorenbeirat präferierte Lösung der „Wohnen für Hilfe“, bei der zum Beispiel Gartenarbeit oder das Erledigen von Einkäufen statt Geld erbracht werden, sehen wir als schöne Ergänzung eines solchen Konzeptes.

Stadtdörfer

Unsere Stadtdörfer sind zum Wohnen ein großes Pfund Landaus. Als ruhige Wohngegenden mit traditioneller Bebauung bieten sie für viele Menschen das, was sie sich wünschen. Wir setzen deshalb darauf, auch in den bereits beschlossenen Neubaugebieten eine typische Bebauung weiterzuführen. Wir werden die ortstypische Gebäudehöhe und Aspekte, wie beispielsweise ziegelgedeckte Dächer weiter einhalten. Was die Anzahl an Häusern und Wohneinheiten pro Hektar angeht, setzen wir jedoch auf mindestens 50, also doppelt so viele wie in einem Einfamilienhausviertel. Das entspricht ungefähr dem Standard von Doppelhaushälften gemischt mit Reihenhäusern und verdoppelt so die Anzahl neuer Wohneinheiten gegenüber aktuellen Planungen. So schaffen wir mehr Wohnraum und vermeiden die Ausweisung weiterer Neubaugebiete, die Ackerland und Wingert kosten würden.

Darüber hinaus wollen wir **in allen Stadtdörfern Sanierungsgebiete ausweisen**, um die Sanierung bestehender Gebäude fördern zu können. Wie auch in der Kernstadt setzen wir auf Fassaden- und Dachbegrünungen, das Verbot von Steingärten und energetische Standards wie KFW40-Häuser.

Da es auch in Stadtdörfern Bedarf an günstigen Mietwohnungen gibt und Baugemeinschaften auch Einfamilien- und Reihenhäusern errichten können, wollen wir für Neubaugebiete in Stadtdörfern eine sozial geförderte Mietwohnungsbauquote von 20 Prozent der entstehenden Wohnfläche und 20 Prozent des Baulands ausschließlich an Baugemeinschaften vergeben. Außerdem wollen wir so **Wohngemeinschaftswohnungen für Seniorinnen und Senioren in den Stadtdörfern** schaffen, damit sie in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können und Konzepte abseits großer Seniorenwohnheime gefördert werden.

Nachverdichtung

Da Flächenverbrauch ein großes ökologisches Problem ist, die Existenz von Winzerinnen und Winzern gefährdet, und weil Bauland endlich ist, setzen wir, soweit möglich, auf Nachverdichtung. Überall in Landau gibt es Gebäude, die niedriger sind als ihre Umgebungsgebäude und relativ einfach mit Holz aufgestockt werden könnten. Wo durch alte Bebauungspläne in der Kernstadt die Gebäudehöhe auf anderthalb Stockwerke begrenzt ist, wie zum Beispiel in einigen Reihenhausvierteln im Horst, werden wir die **Aufstockung auf 2,5 Stockwerke** ermöglichen. So machen wir alte Quartiere attraktiver für moderne Bedürfnisse, ohne weitere Flächen versiegeln zu müssen. Wo Baugrundstücke bis heute nicht bebaut wurden, setzen wir auf die Ansprache der Eigentümerinnen und Eigentümer, um diese zu aktivieren. Sollte das nicht innerhalb der nächsten Jahre fruchten, und die Bundesregierung die Möglichkeit der gesonderten Besteuerung solcher unbebauten aber bebaubaren Grundstücke wie angekündigt schaffen, werden wir diese entschieden nutzen. Die Bebauung von Parks und Grünanlagen lehnen wir ab.

Landau XXL

Seit Anfang 2016 kämpfen wir GRÜNE entschieden gegen die Idee, mit einem gewaltigen Neubaugebiet in der Kernstadt und acht Neubaugebieten in den Stadtdörfern – die allesamt vor allem mit Einfamilienhäusern bebaut werden sollen – könne das Landauer Wohnraumproblem gelöst werden. Als einzige Fraktion im Stadtrat haben wir daher konsequent gegen „Landau XXL" und jedes dazugehörige Baugebiet gestimmt. Gründe dafür gab es viele: Die „Wohnraumanalyse" des InWIS-Instituts hat erhebliche wissenschaftliche Mängel, die Bürgerbeteiligung war modernen Standards nicht annähernd angemessen und die große Koalition lehnte Festlegungen zur Anzahl an Wohneinheiten pro Hektar und dem Anteil an Mietwohnungsbau bis Ende 2018 stets ab. Darüber hinaus wurde Druck auf Winzerinnen und Winzer ausgeübt und eindeutige Voten der Ortsbeiräte gegen das Projekt wurden ignoriert. All dies haben wir in zahlreichen Stadtratssitzungen klar herausgearbeitet, und dennoch hat die Mehrheit aus CDU, SPD und FWG mit Unterstützung der FDP und teilweise auch P&S das Projekt weiter vorangetrieben.

Anfang 2019 sind wir nun an einem Punkt, an dem die ersten fünf Hektar südlich der Wollmesheimer Straße gekauft und zur Bebauung vorbereitet werden. Selbst mit einer Verdopplung des GRÜNEN Wahlergebnisses könnten wir diesen Prozess an diesem Punkt nicht mehr stoppen, weil es keine politische Kraft in Landau gibt, die unsere Perspektive teilt. Deshalb konzentrieren wir uns nun darauf, ein besseres Stadtviertel zu schaffen, dass **mehr Wohnraum auf weniger Fläche** schafft und weitere Ausweitungen von Landau XXL verhindert. Da ein städtisches Quartier westlich der Wollmesheimer Höhe aus baulichen Gründen nicht möglich ist, setzen wir auf eine dichtere Bebauung südlich der Wollmesheimer Straße und lehnen das westliche Baugebiet weiterhin konsequent ab.

Der politischen Diskussion der letzten Jahre liegt neben dem Druck auf dem Wohnungsmarkt eine Bevölkerungsprognose zugrunde, die bis 2030 einen Anstieg der Bevölkerung um 3.000 Personen voraussagt. Seit Mitte 2018 gibt es eine neue Bevölkerungsprognose, die bis 2030 einen Anstieg von 6.000 Personen prognostiziert. Wenn dem so wäre, würde Landau XXL sich nicht auf die bisher ins Auge gefassten über 40 Hektar beschränken, sondern noch darüber hinaus gehen. Da damit erst recht die Existenzgrundlage vieler Winzerinnen und Winzern angetastet würde, ist es umso wichtiger, dies durch eine dichtere Bebauung und Nachverdichtung in der Kernstadt zu verhindern. **Mit GRÜNER Politik lässt sich auf derselben Fläche fünfmal so viel Wohnraum schaffen** – und somit für dieselbe Anzahl an Wohnungen 80 Prozent der Fläche schonen. Mit der Politik der Koalition aus CDU, SPD und FWG ist das nächste Neubaugebiet (Landau XXXL) unausweichlich.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **150 zusätzliche städtische Mietwohnungen**
- → **Mietwohnungsbauquote auf 40 %** erhöhen, davon die Hälfte exklusiv für Geringverdienende
- → **Wohnheimquote** des Studierendenwerks auf 10 % heben
- → Wohneigentum über **Baugemeinschaften** etablieren
- → **100 Wohneinheiten pro Hektar** als Richtgröße für kernstädtische Baugebiete

2. MOBILITÄT

Im Alltag sind wir ständig unterwegs – ob zur Arbeit, zum Sport, zur Schule oder zu Kulturveranstaltungen. Deshalb ist eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur angepasst an die Bedürfnisse aller wichtig für gesellschaftliche Teilhabe. Als Zentrum der Südpfalz mit der Kombination aus kompakter Kernstadt und bis zu fünf Kilometer entfernten Stadtdörfern ist Landau in einer herausfordernden Situation. Wer außerhalb der Kernstadt lebt und arbeitet, den zwingen fehlende Busse und Züge zum Auto – was zu Ärger über Stau an Bahnübergängen und roten Ampeln führen kann. Und wer als Radfahrende ständig durch an Kreuzungen endende Fahrradwege benachteiligt wird oder von Unfällen liest, wird nicht zum alltäglichen Radfahren animiert.

Als GRÜNE wollen wir ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsträger. Der öffentliche Raum muss gerecht verteilt und alle Menschen – von jung bis alt – sollten sicher, schnell und zuverlässig an ihrem Ziel ankommen können. Die unterschiedlichen Verkehrsmittel müssen dabei gut verknüpft werden, dass je nach individuellem Bedarf ein Umsteigen von Bahn auf Rad oder Auto leichter möglich ist und auch Verleihsysteme genutzt werden können.

GRÜNE Politik steht für die Gestaltung einer nachhaltigen Mobilität für Morgen. Ein Fünftel der jährlichen Treibhausgase in Deutschland gehen auf den Verkehrssektor zurück. Die Klimaschutzpotenziale im Bereich Mobilität sind deshalb groß. **Wir wollen Klimaschutzmobilität voranbringen:** Fußgängerinnen und Fußgänger ebenso wie Radfahrerende bequem an ihr Ziel bringen sowie deutlich mehr Verbindungen mit Bus und Bahn schaffen. Sicherheit hat dabei Vorrang vor Geschwindigkeit. So kann auch die Luftqualität in unserer Stadt verbessert und die Lärmbelastung reduziert werden.

Leider fördern sowohl Bundes- als auch Landesregierung fast ausschließlich kommunale Straßenbauprojekte für den motorisierten Verkehr. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat es zwar geschafft, über sieben Millionen Euro für die Finanzierung von Pendlerradwegen pro Jahr zur Verfügung zu stellen, aber der Bedarf geht weit darüber hinaus. Die kommunale Ebene ist im Bereich Mobilität zuständig für die Planung von Verkehrsprojekten, das Beantragen der Fördergelder und die Durchführung der Projekte. Diese weitreichenden Möglichkeiten wollen wir GRÜNE im Landauer Stadtrat nutzen, um deutlich mehr Geld in Fahrradwege, Barrierefreiheit und in ein Stadtbussystem zu investieren. Bei der Frage des Bahnverkehrs ist Landau beteiligt an einem Zweckverband, kann über diesen also indirekten Einfluss nehmen.

Landau hat in all diesen Bereichen großes Potenzial. Mit einer belebten Innenstadt, den kurzen Wegen in der Kernstadt, einem touristisch attraktiven Umland und nahen Stadtdörfern kann durch die Förderung von Rad, Bus und Bahn viel gewonnen werden. Es wird Zeit, dass wir diese Chance nutzen.

Fußverkehr

Sich zu Fuß fortzubewegen, ist die umweltfreundlichste aller Verkehrsarten. Und obwohl sie die ursprünglichste Form unserer Fortbewegung ist, wird ihr häufig politisch zu wenig Beachtung geschenkt. Im Sinne eines gleichberechtigten Miteinanders wollen wir erreichen, dass Fußgängerinnen und Fußgänger ausreichend Platz auf den Bürgersteigen bekommen. Eine **bequeme und barrierefreie Fortbewegung mit Kinderwagen oder im Rollstuhl** sollte überall selbstverständlich sein.

Wichtig dafür ist das Ersetzen des Bodenbelags in der Fußgängerzone. Anders als in anderen Städten ist das Pflaster in der Landauer Innenstadt nicht von historischer Bedeutung, sondern eine Wiedereinführung zulasten der **Barrierefreiheit**. Mit demselben Ziel sollen Bordsteine abgeflacht und bei Baumaßnahmen Treppen vermieden werden. Die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen stehen mitunter im Konflikt miteinander. So wollen Rollstuhlfahrende flache Bordsteine, die mit Blindenstock schwer zu ertasten sind. Deshalb werden wir alle Formen von Beeinträchtigungen bei Baumaßnahmen mitdenken und den Beirat beteiligen.

An den Ampelübergängen am Nordring und Westbahnhof zeigt sich die bisherige Benachteiligung von Fußgängerinnen und Fußgängern deutlich. Gerade wenn der Markt auf dem alten Messplatz stattfindet, stehen teilweise bis zu hundert Menschen je Seite und müssen minutenlang auf eine Grünphase warten. Diese Wartezeiten wollen wir reduzieren, die **Grünphasen verlängern** und an einigen Ampeln auch eine gesonderte Grünphase für Fußgängerinnen und Fußgänger etablieren. Abschaffen werden wir alle so genannten Bedarfsampeln, die erst durch ein Betätigen der Ampel überhaupt eine Grünphase ermöglichen. An Schulen, Kitas, Seniorenheimen und Spielplätzen werden wir, wo möglich und sinnvoll, Zebrastreifen und Überquerungshilfen schaffen.

Gerade für Menschen zu Fuß sind Ruheinseln mit Sitzmöglichkeiten und Bäumen im öffentlichen Raum wertvoll. An der Queich, auf dem Marktplatz und an Ober- und Untertorplatz wären geeignete Stellen für solche Aufenthaltsorte ohne Konsumzwang. Zudem halten wir das Konzept der „bespielbaren Stadt“ für gut geeignet, um Schulwege sicherer und attraktiver zu machen. So wollen wir erreichen, dass Schülerinnen und Schüler möglichst alleine und sicher zur Schule gehen können.

Radverkehr

Wenn wir von Klimaschutzmobilität sprechen, meinen wir für Landau vor allem das Fahrrad. Nicht nur ermöglicht es Strecken schnell zurückzulegen, für die man zu Fuß deutlich länger bräuchte, es ist dabei auch noch enorm günstig und fördert die eigene Gesundheit. Zudem entlastet der Umstieg einiger Menschen aufs Fahrrad Stau und Parkplatzsituationen. Deshalb ist es unser Ziel, den Anteil an zurückgelegten Strecken mit dem Fahrrad in Landau **bis 2025 auf 30 Prozent** zu heben. Wichtig dafür ist das individuelle Sicherheitsgefühl der Radfahrerinnen und Radfahrer und eine Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern.

Die einfachste und schnellste Maßnahme zur **Förderung der Fahrradinfrastruktur** innerhalb der Stadt ist das Aufstellen von Fahrradständern mit Überdachung und Windfang an allen öffentlichen Orten, Schulen, Kitas, Universitätsstandorten, Bahnhöfen, Bushaltestellen, Bädern und Sportstätten. Gerade am Hauptbahnhof und am Campus würden sich Fahrradparkhäuser anbieten. Das Aufstel-

len von Fahrradboxen und Fahrradständern wollen wir auch auf Bitte von Anwohnerinnen und Anwohnern oder Gewerbetreibenden fördern. Zum Beispiel an einer Lokalität wie „Suppe mag Brot“ wäre das Umwandeln zweier Parkplätze in acht Fahrradbügel wirtschaftsfördernd. Hinzu kommen Aufpump- und E-Ladestationen sowie Fahrradboxen an zentralen Orten und Mitfahrerparkplätzen. Die in der Testphase befindlichen Grünpfeile für den Radverkehr wären zudem gerade an Ampeln eine willkommene Unterstützung für den Verkehrsfluss. In dem Moment, in dem die Stadt Landau zudem Fahrradwege ausbaut und Schutzstreifen ausweist, müssen diese ganzjährig geräumt und sauber gehalten werden. Existierende Radwege wollen wir auch über Kreuzungen führen und, wo sie bisher wie im Nordring auf dem Bürgersteig verlaufen, auf die Straße verlagern. In der Kernstadt ist ein **Fahrradverleihsystem** außerdem ein Baustein für eine erfolgreiche Verkehrswende. Wir unterstützen die Beteiligung an VRNnextbike und wollen vor allem an den touristisch interessanten Orten wie dem Zoo und der Fußgängerzone sowie den Außenstellen der Universität Verleihstationen einrichten.

Im Bereich innerhalb der großen Ringstraßen und außerhalb der Fußgängerzone wollen wir konsequent alle Straßen zu **Fahrradstraßen** umwandeln. In solchen Fahrradstraßen dürfen Radfahrende nebeneinander fahren und der motorisierte Verkehr hat sich ihrer Geschwindigkeit anzupassen. Zusammen mit der Ausweitung der Einbahnstraßenregelung von König- und Kramstraße auf die Waffen- und Reiterstraße (bis zum Kreisel) bleibt so der Randbereich der Fußgängerzone für Autos und Roller erreichbar, gleichzeitig wird jedoch die **Attraktivität der Innenstadt** für den Radverkehr gestärkt. Wichtig ist uns dabei die Öffnung dieser und aller weiteren Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr. Eine weitergehende Einschränkung des Radverkehrs in der Fußgängerzone, wie vom Seniorenbeirat ins Spiel gebracht, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir diese Einschränkungen auf die Geschäftszeiten begrenzen. Bei der Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs durch das städtische Ordnungsamt böte sich dann auch die Gelegenheit, die Einhaltung dieser Zeiten in der Fußgängerzone entsprechend zu kontrollieren.

Mit dem gegenläufigen Radverkehr in der Königstraße schaffen wir die Grundlage für eine bestmögliche **Nord-Süd-Querung der Kernstadt**. Diese soll durch eine West-Ost-Route von Annweilerstraße über Westbahnhof, Westbahn- und Martin-Luther-Straße bis zum Hauptbahnhof ergänzt werden. Mit diesen Querungen entschärfen wir manche Probleme, lösen aber noch nicht die Staus an den ebenerdigen Bahnübergängen. Hier wollen wir für Radfahrende aus Südwest, Wollmesheimer Höhe und West mit einer neuen **Radbrücke im Goethepark** eine bequeme Alternative schaffen, die an der Ecke West-/Südring verschiedene Routen bündelt und Zweibrücker- sowie Annweilerstraße entlastet.

Um überhaupt nicht die Innenstadt durchqueren zu müssen, schaffen wir mit dem **Fahrradring** eine Alternativroute für Radfahrende, die von der Kreisverwaltung des Landkreises Südliche Weinstraße über Wollmesheimer Höhe, Landau-Südwest, Landau-Süd/Sportcampus, Gewerbegebiet D9 zum Hauptbahnhof und von dort zum Horst führen soll. Dieser möglichst kreuzungsfreie und mindestens drei Meter breite und beleuchtete Fahrradring kann eine wichtige Alternative darstellen – insbesondere dann, wenn an den Kreuzungen der Haupteinfahrtsstraßen Mitfahrerparkplätze mit Fahrradboxen errichtet werden. Wo auch immer einschränkende Hindernisse für **Lastenräder und Kinderanhänger** auf Radwegen vorzufinden sind, werden wir diese zurückbauen.

Zur besseren **Anbindung der Stadtdörfer** wollen wir mindestens einen asphaltierten und beleuchteten Radweg zu jedem unserer Stadtteile führen. Um Landau auch überregional anzubinden, wollen wir mittelfristig Radschnellwege nach Wörth, Annweiler, Neustadt, Speyer und Germersheim. Mit der rasanten Entwicklung auf dem Feld der E-Bikes kann Radfahren bei gut ausgebauter Infrastruktur auch bei Pendeldistanzen von bis zu 20 Kilometern für viele Menschen interessant werden.

Erfahrungen aus erfolgreichen Fahrradstädten zeigen, dass es **mindestens einen Euro pro Mensch und Monat** an Investitionen braucht, um in überschaubarer Zeit die nötige Fahrradinfrastruktur zu schaffen. Diese Angabe deckt sich auch mit den Empfehlungen der Bundesregierung. Für Landau wollen wir langfristig zwei Euro pro Mensch und Monat in die Radinfrastruktur investieren und einen weiteren Euro für deren Unterhalt und Kommunikation ausgeben. Gerade die Beteiligung an Aktionstagen und die Veröffentlichung von Fahrradkarten können hier wichtige Elemente sein. Darüber hinaus wollen wir die Stelle eines oder einer ehrenamtlichen Radfahrbeauftragten schaffen.

Bus und Bahn

Durch das bundesdeutsche Bahnsystem sind unsere Einflussmöglichkeiten auf den Schienenverkehr begrenzt. Als Mitglied im entsprechenden Zweckverband kann Landau die Anbindung zwar beeinflussen, die Mittel für den Ausbau von Strecken jedoch sind in der Hand der Bundesregierung. In diesem Rahmen setzen wir GRÜNE uns für die **Elektrifizierung** der Strecken nach Pirmasens, Karlsruhe und Neustadt ein und wollen die **durchgängige Zweigleisigkeit** der Strecke Neustadt-Landau-Karlsruhe erreichen. Bis dahin ist ein Ausbau der Taktung tagsüber nicht möglich. Wir wollen aber für Besucherinnen und Besucher von Partys und Konzerten sowie für Fernreisende und Urlauber zumindest an Freitagen, Samstagen und Sonntagen zwischen 0 und 6 Uhr eine **Nachtverbindung** zwischen Neustadt und Karlsruhe aufrechterhalten. Dafür würden wir auch städtische Mittel einsetzen wollen. Auch einer Reaktivierung der Bahnstrecke nach Germersheim stehen wir positiv gegenüber. Langfristig wäre eine Verbesserung der Bahnanbindung an Mainz und mittelfristig eine Integration in die S-Bahn wichtig.

Anders liegen die Dinge im Bereich Busse. Deshalb wollen wir **ein modernes Stadtbussystem**, das die Chancen der Digitalisierung angemessen nutzt und sich als zentrales Verbindungselement zwischen Kernstadt und Stadtdörfern etabliert. Dieses Stadtbussystem soll jede Haltestelle mindestens alle 15 bis 20 Minuten anfahren, über elektronische Anzeigen ebenso wie Unterstände verfügen. Bei der Preisgestaltung wollen wir vor allem auf sehr attraktive Dauerkarten setzen und Menschen mit geringem Einkommen entlasten. Für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende und Auszubildende wollen wir das Stadtbussystem ticketlos nutzbar machen. Die bisherige Praxis, fast alle Landauer Buslinien zentral über den Hauptbahnhof zu leiten, wollen wir reformieren. In Landau braucht es mehr rein städtische Linien, die auch Horst und Wollmesheimer Höhe erschließen. Wichtig ist zudem eine Unibuslinie, die besser beworben wird und sich kreisförmig auf den Nordcampus, den Hauptbahnhof, die Außenstelle in der Bürgerstraße und den Westbahnhof konzentriert sowie, wenn möglich und solange sie als Universitätsstandort genutzt werden, die Thomas-Nast-/August-Croissant-Straße anbindet.

Mit dem **„Ruf-den-Bus"-System** wollen wir insbesondere in den Stadtdörfern das Nahverkehrsangebot stärken und zusätzliches Fahrgastpotenzial erschließen. Fahrgäste übermitteln dabei telefonisch oder über eine App ihre Reisedaten wie Abfahrtszeiten, Zielort und so weiter an den

zuständigen Verkehrsbetrieb und dieser ermittelt anhand der vorliegenden Daten aller Fahrgäste in kurzer Zeit einen entsprechenden Fahrplan, der möglichst viele Anfragen berücksichtigt. Im Anschluss werden die Reisenden über die tatsächlichen Abfahrtszeiten informiert und können die angebotene Fahrt buchen oder ablehnen.

Auch bei Weinfesten und anderen Kulturveranstaltungen könnte ein solches, am tatsächlichen Bedarf orientiertes System eingesetzt werden. Kindersitze in solchen städtischen Bussen sollten zur Standardeinrichtung gehören. Die **Mitnahme von Fahrrädern** wollen wir überall ermöglichen. Zudem ist die Elektrifizierung der Busflotte heutzutage möglich und mit Blick auf Lärm, Abgase und Klimaschutz ein sinnvoller Beitrag. Bei zukünftigen Ausschreibungen sind deshalb genau diese Aspekte durchzusetzen.

Wer heute noch auf das tägliche Pendeln mit dem Auto angewiesen ist, soll durch grüne Politik je nach Weg und Wetter **flexibel das Verkehrsmittel wechseln** können. Möglich wird das durch Mitfahrerparkplätze mit Fahrradboxen an allen Einfahrtsstraßen der Stadt, um schnell und bequem umzusteigen oder sich mitnehmen zu lassen. Die Erlaubnis zur Fahrradmitnahme in Bus und Bahn sowie flexible Verleihsysteme für Auto und Fahrrad sind dafür Voraussetzungen.

Autoverkehr

In einer ländlichen Region wie unserer ist das Auto für viele noch unerlässlich. Frankweiler, Herxheim oder der Pfälzerwald als Tourismusziel sind mit den Möglichkeiten öffentlicher Verkehrsmittel nur umständlich langsam und teuer zu erreichen. Aber auch ein eigenes Auto kostet leicht 200 Euro pro Monat. Außerdem gibt es gerade unter Jüngeren die Tendenz, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Dafür braucht es die richtige Infrastruktur. Was wir uns darunter vorstellen und wie wir es angehen wollen, haben wir in den Unterkapiteln zu Fahrrad sowie Bus und Bahn ausführlich beschrieben. Unser Ziel bleibt eine bequeme, sichere und günstige Mobilität für Alle.

Der motorisierte Verkehr ist für über 80 Prozent des CO_2-Ausstoßes im Verkehrssektor verantwortlich. Obwohl Motoren effizienter wurden, hat das immer weiter steigende Verkehrsaufkommen und die Tendenz zu größeren Autos diese Erfolge zunichtegemacht. Hinzu kommen Belastungen durch Stickoxide, Feinstaub und Lärm. Auch die Diskussion um Fahrverbote in deutschen Innenstädten macht den Handlungsbedarf in diesem Bereich deutlich.

Während Autofahren für Passagiere in den letzten Jahrzehnten sicherer geworden ist, stellen Unfälle mit Radfahrenden oder Fußgängerinnen und Fußgängern schon ab 30 Stundenkilometern eine lebensbedrohliche Gefahr dar. Noch ist die Landauer Innenstadt weitestgehend vom Konzept der autogerechten Stadt geprägt, in der große Flächen vom Auto vereinnahmt werden; einerseits auf den Straßen, andererseits auf öffentlichen Plätzen und leider auch allzu oft auf Rad- und Gehwegen. Und das alles, obwohl ein Auto durchschnittlich keine Stunde am Tag bewegt wird.

Uns ist klar, dass auch wenn sich unsere Politik durchsetzt, es immer noch Menschen geben wird, die auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind. Menschen mit Beeinträchtigungen, Seniorinnen und Senioren, Handwerkerinnen und Handwerker, Landwirte sowie Winzerinnen und Winzer sind dafür Beispiele. Fortschritte des E-Autos und des Wasserstoffantriebs können beim Klimaschutz helfen – wenn die Menge an Fahrten und Fahrzeugen jedoch nicht sinkt, werden viele

Probleme ungelöst bleiben.

Wir wollen für Landau ein **elektronisches Parkleitsystem**, das die zahlreichen existierenden zentralen Parkplätze der Innenstadt ausweist. Mit altem Messplatz, den Parkhäusern in der Waffenstraße und am Großmarkt sowie den Parkplätzen am Versorgungsamt und der Ecke Weißquartierstraße/ Nordring ließe sich auf allen Seiten der Fußgängerzone der Parksuchverkehr erheblich reduzieren. Finanzieren wollen wir dieses elektronische Parkleitsystem durch die Erhöhung des Tages- und Kurzzeittickets sowie die Abschaffung der Brötchentaste. Der Missstand, dass Parkplätze in Landau auf der Straße günstiger sind als solche in Parkhäusern, würde auf diesem Weg ebenfalls behoben werden. Ein Schrankensystem wäre verhältnismäßig günstig gegenüber Kameraüberwachung und Magnetsensoren, die die Stadtverwaltung bei ihrer bisherigen Ablehnung vorschlug. Gleichzeitig wollen wir das Pendlerticket preislich stabil halten und das Zahlen per Handy überall ermöglichen.

Ein Parkhaus auf dem **Weißquartierplatz** lehnen wir weiterhin ab. Die Förderung eines solchen Projektes übersteigt die Investitionen in die Fahrradinfrastruktur der letzten Jahre und die Option einer Tiefgarage halten wir für noch teurer als bisher erwartet. Mehr Parkplätze – egal in welcher Form – sorgen grundsätzlich für eine höhere Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner, weshalb wir solche Maßnahmen lediglich als Kompensation für an anderer Stelle entfallende dezentrale Parkplätze in Erwägung ziehen würden.

In vielen alten Wohngebieten, wie beispielsweise in der Südstadt, gibt es erheblichen Parkdruck. Um diesen zu reduzieren, wollen wir alternative Verkehrsmittel fördern, aber auch – wo immer möglich – öffentliches Parken in **Anwohnerparken** umwandeln. In neu entstehenden Quartieren wollen wir ebenerdiges Parken auf Menschen mit Beeinträchtigungen, Ärzte, Hebammen, Sozialdienste sowie Handwerksunternehmen und Lieferdienste beschränken und von Anfang an Carsharing mitdenken. Alle übrigen Parkplätze wollen wir in Tiefgaragen verlegen, weil wir Wohnungen, Gärten und Grünzüge wichtiger finden als ebenerdige Parkplätze. Im Gegenzug für die so steigenden Kosten, wollen wir bei Eigentumswohnungen die **Mindeststellplatzanzahl** von anderthalb auf einen Parkplatz pro Wohneinheit senken. Die Möglichkeiten der Stellplatzverordnung durch Mobilitätskonzepte und Bus- und Bahnanbindung werden wir weitmöglichst nutzen, um diese Zahl noch zu senken. So ist niemand darauf angewiesen, Parkplätze zu bauen, die er nicht will, aber wer mehr Parkplätze bauen möchte, kann dies weiterhin tun. Für Gäste wollen wir am Rande neuer Quartiere **Quartiersparkplätze** einrichten, die gleichzeitig als Mitfahrerparkplätze dienen sollen.

Die Arbeit unserer Polizei, zum Beispiel in der Verbrechensbekämpfung und Unfallsicherung, halten wir für zu wichtig, um Zeit für die **Geschwindigkeitsüberwachung** aufzuwenden. Deshalb wollen wir diese Aufgabe als Stadt künftig selbst übernehmen. So kann das kommunale Ordnungsamt in Absprache mit Elternverbänden, Ortsvorstehenden und dem Stadtrat gezielt an Unfallschwerpunkten sowie im Umfeld von Schulen, Kindergärten und Altenheimen für eine höhere Sicherheit sorgen und die Gefährdung von Kindern, Hilfsbedürftigen und älteren Menschen verringern. Darüber hinaus wollen wir, wo immer möglich, Tempo 30 einrichten. In den Stadtdörfern, in denen dies bisher aufgrund von Landes- oder Bundesgesetzgebung scheiterte, wollen wir am Ball bleiben.

Durch Geschwindigkeitsbegrenzungen reduziert sich auch die Lärmbelastung. An besonders betroffenen Straßen unterstützen wir deshalb die Nutzung des so genannten „Flüsterasphalts“. Wo Wohngebiete an stark befahrenen Bundesstraßen, Autobahnen und Zugstrecken liegen, bemühen wir uns um einen besseren **Lärmschutz**. Die vor allem Pendlerinnen und Pendler belastenden Stau-

probleme liegen im Kern an unseren ebenerdigen Bahnübergängen. Diese lassen sich für den Autoverkehr aufgrund baulicher Rahmenbedingungen weder durch Brücken noch Unterführungen lösen. Wir setzen deshalb einerseits auf den Umstieg aufs Fahrrad sowie unser Stadtbussystem, um die entsprechenden Straßen sowie die Schlösselkreuzung zu entlasten. Andererseits wollen wir die **Ampelschaltungen in Landau verbessern**. Das Fahren von einer roten Ampel zur nächsten nützt weder Autofahrenden noch der Umwelt. Wir setzen deshalb auf flexible Schaltungen mit grünen Wellen zum Beispiel mit Tempo 40. So reduzieren wir Unfallgefahren, CO_2-Ausstoß und machen den Verkehr flüssiger.

Die Stadt entlasten darüber hinaus mit Sammelstellen für Paketdienste, das Einhalten der Sperrzeiten in der Fußgängerzone auch für Paketdienste und die Unterstützung eines Umstiegs auf Lastenräder. Wenn die Einhaltung der Sperrzeiten nicht erfolgreich sein sollte, halten wir uns eine komplette Sperrung der Fußgängerzone offen.

Stadtdörfer

Unsere Stadtdörfer schließen wir durch jeweils mindestens einen **beleuchteten und asphaltierten Radweg** an die Kernstadt an. Darüber hinaus wollen wir alle Stadtdörfer mit ihren jeweiligen Nachbardörfern ebenso verbinden. Die **Bustaktung** wollen wir auf 30 bis 45 Minuten erhöhen und gerade für Pendlerinnen und Pendler Schnellbuslinien einführen. Auch die Fahrradmitnahme im Bus halten wir gerade für Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtdörfern für wichtig. Geschwindigkeitsbegrenzungen werden wir, wo und wie auch immer möglich und von der Bevölkerung gewünscht, unterstützen. Zu Weinfesten wollen wir ebenso wie bisher in Nußdorf Schoppenbähnleverbindungen finanzieren. Gerade unsere Stadtdörfer bieten sich als Tourismusziele an und sollten dementsprechend erreichbar sein und beworben werden.

Studentische Mobilität

Viele der oben genannten Mobilitätsmaßnahmen wie eine Nord-Süd-Querung durch die Öffnung der Königsstraße für den gegenläufigen Radverkehr, das flexible „Ruf-den-Bus"-System für Nachtschwärmer oder der Ausbau der Nachtverbindungen auf der Bahnstrecke Neustadt-Landau-Karlsruhe kommen insbesondere auch einer Zielgruppe zu Gute: den Studierenden, die mit rund 8.000 Personen eine wichtige Interessensgruppe der Stadt darstellen.

Für die Vernetzung der verschiedenen Standorte wollen wir die Unibuslinie bekannter machen und sie besser an die Vorlesungszeiten anpassen. Die Unibuslinie soll kreisförmig Nordcampus, Hauptbahnhof, Bürgerstraße und Westbahnhof verbinden und auch eine Anbindung an die Thomas-Nast-/August-Croissant-Straße schaffen. Für Studierende soll der Nahverkehr dabei ticketlos nutzbar sein. Für Pendlerinnen und Pendler aus dem Umland soll es zudem ein Semester-Parkticket für den Alten Messplatz geben.

Um den Verzicht auf ein eigenes Auto auch langfristig attraktiv zu gestalten, wollen wir Erstsemesterinnen und Erstsemester über das Willkommenspaket eine Carsharing-Mitgliedschaft kostenlos ermöglichen und an den Unistandorten Carsharing-Plätze einrichten.

Ein großer Konstruktionsfehler der Universität Koblenz-Landau war die schlechte Verbindung beider Standorte. Gemeinsam mit den GRÜNEN Kaiserslauterns fordern wir deshalb den Ausbau der Bahnstrecke zwischen beiden Städten, um zumindest eine S-Bahn-Linie Kaiserslautern-Landau ermöglichen zu können.

Stärken wollen wir weiterhin den schon viel belebten Radverkehr. Mit Fahrradverleih-Stationen an allen Unistandorten bei Einführung des VRNnextbike-Systems, mit einem Fahrradparkhaus am Hauptcampus, mit ausreichend überdachten Fahrradbügeln an allen Standorten und der Förderung von wichtigen Radrouten durch die Innenstadt soll Radfahren in Landau neben dem sportlichen Anreiz und gutem Gewissen zu noch mehr Freude beitragen.

Kommunikation

Alle guten Maßnahmen bedürfen einer entsprechenden Kommunikation, um den Bekanntheitsgrad zu steigern und die Akzeptanz zu fördern. Wir wollen Aktionstage wie den Park(ing) Day, Stadtradeln und Konzepte wie „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber" zur **Förderung nachhaltiger Mobilität** unterstützen und bewerben. Auf Hauptverkehrsachsen sowie an Schulen und Kindergärten wollen wir Geschwindigkeitsanzeigen einrichten, sodass Autofahrende eine direkte Rückmeldung bekommen. An zentralen Stellen sollen Messstationen zur Luftbelastung eingerichtet werden, die über einfache Visualisierungen die Bürgerinnen und Bürger über die Luftbelastung in Landau informieren.

Landau hat Nachholbedarf und großes Potenzial, was guten Radverkehr angeht. Mit dem klaren Ziel, das Image von **Landau als Fahrradstadt** zu stärken, braucht es neben guter Infrastruktur auch Informationen. Dazu zählen neben Radwegekarten auch eine gute **Radwegebeschilderung** – nicht nur für touristische Routen – sondern auch für zentrale Wege zur Universität, Schulen und Arbeitsplätzen. Neubürgerinnen und Neubürger sollten gleich zu Beginn über nachhaltige Mobilitätsangebote informiert werden. Schülerinnen und Schüler wollen wir konsequent ermutigen, mit dem Fahrrad, zu Fuß oder dem Bus zur Schule zu kommen und das auch im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → Minimum **1 Euro pro Mensch und Monat** für Fahrradinfrastruktur
- → Alle Straßen innerhalb des äußeren Rings und außerhalb der Fußgängerzone zu gegenläufig befahrbaren **Fahrradstraßen** machen
- → **Großer Fahrradring** von Landau-West über Südwest, Süd, Gewerbegebiet, Hauptbahnhof bis Horst führen
- → beleuchtete, asphaltierte **Radwege von jedem Stadtdorf** zu seinen Nachbardörfern und zur Kernstadt
- → **Radbrücke im Goethepark** als Alternativroute zur Annweiler- und Wollmesheimer Straße
- → **Kürzere Wartezeiten an Fußgängerampeln** und konsequente Barrierefreiheit
- → **Elektronisches Parkleitsystem**
- → **Stadtbussystem** mit 20 Minutentakt und **Ruf-den-Bus-System** für Dörfer und nachts
- → **Reaktivierung Landau-Germersheim** und **Nachtverbindung** Neustadt-Landau-Karlsruhe
- → **Kontrolle des fließenden Verkehrs** durch die Stadt

3. KLIMASCHUTZ, UMWELT UND ENERGIE

Ein 2019 geborenes Mädchen hat eine Lebenserwartung von 100 Jahren. Schon jetzt ist es so, dass die jüngere Generation die drastischen Veränderungen durch den Klimawandel ab der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zu spüren bekommen wird. Doch mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung bis weit ins 22. Jahrhundert hinein werden es die Jüngsten und die ihnen folgenden Generationen sein, die am meisten vom Erfolg oder Misserfolg heutiger Klimaschutz-, Energie- und Umweltpolitik betroffen sein werden. Wir seien die Ersten, die den Klimawandel zu spüren bekommen, und die Letzten, die etwas gegen ihn tun können, sagen Klimaforscherinnen und Klimaforscher weltweit.

Konfliktfelder dieser globalen Krise gibt es viele. Dazu gehören das Vogel- und Insektensterben, die industrielle Landwirtschaft und Tierhaltung sowie Flächenversiegelung und Plastikflut. Aber auch das Stocken der Energie- und Verkehrswende aufgrund der Beharrungskräfte der deutschen Auto- und Energieindustrie gehören dazu. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage in Entwicklungsländern führt außerdem zu sozialer Ungerechtigkeit und Folgekonflikten. Doch auch in Deutschland werden Dürren, Starkregenereignisse, Hagel und Hitzewellen an Stärke und Häufigkeit zunehmen. Merkmal all dieser Konfliktfelder ist es, dass sie miteinander in Verbindung stehen. Wenn die Abholzung des Amazonas-Gebiets und die Vernichtung der Artenvielfalt dort zusammenfällt mit dem Sojaanbau für deutsche Mastbetriebe. Oder wenn der steigende Meeresspiegel Länder in Ozeanien untergehen lässt oder Wassermangel Menschen zur Flucht zwingt. Oder der Riesling in der Pfalz dem Klimawandel zum Opfer fällt, weil manche glaubten, an der Kohleindustrie würden mehr Arbeitsplätze hängen als an der Energiewende.

Wir GRÜNE kämpfen aus ganz unterschiedlichen Gründen für Ökologie und Klimaschutz. Manche setzen sich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlage der Menschheit, andere für die Bewahrung der Schöpfung ein. Andere wiederum stellen die soziale Ungerechtigkeit, die weltweit und vor Ort aus Umweltzerstörung und Klimawandel resultiert, in den Mittelpunkt ihres Handelns. Und wieder andere sehen die Freiheit von Menschen der aktuellen und aller zukünftigen Generationen bedroht. Ob nun Liberale, Linke oder Konservative, in diesen Zielen sind wir vereint: **Ökologie und Klimaschutz ins Zentrum der Politik rücken.**

Die Bundespolitik hat zwar schon vor Jahren formal die Notwendigkeit von Klimaschutz und konkreten Zielen erkannt, verfehlt aber konsequent seit 2005deren Einhaltung. Die Zustimmung zum Pariser Klimaschutzabkommen bleibt ein leeres Versprechen, wenn nationale Klimaschutzziele, wie das von 2020, einfach vom Tisch gewischt werden. Dabei wäre die Bundespolitik der wichtigste politische Akteur zahlreicher Klimaschutzmaßnahmen, auch mit ihrem Einfluss auf europäischer Ebene. Von der Förderung erneuerbarer Energien und deren Speichertechnologie, über den Umstieg vom Verbrennungsmotor auf alternative Antriebe und den Ausbau der Bahn, bis hin zur Regulierung der industriellen Landwirtschaft reichen die Zuständigkeiten.

Die Möglichkeiten des Landes sind dahingehend begrenzter. Zuständig zum Beispiel für die Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen oder die Förderung des Ökolandbaus, gelang es uns GRÜNEN in der Landesregierung seit 2011 in diesen Feldern gute Fortschritte zu erzielen. Für Landau entscheidend war jedoch die Herausnahme des gesamten Pfälzerwaldes aus den Potenzialflächen für Windkraftanlagen, sodass auf Landauer Gemarkung keine geeigneten Flächen verbleiben.

Mit der Verkehrs- und Baupolitik sind zwei wesentliche Einflussmöglichkeiten für den Klimaschutz in kommunaler Verantwortung. Leider wurde das 2012 einstimmig vom Stadtrat beschlossene Klimaschutzkonzept von der Koalition aus CDU, SPD und FWG nach der Verabschiedung ignoriert und die Ziele verfehlt. So fehlte der Wille, um in diesen beiden wichtigen Feldern Fortschritte zu machen. Das neue Klimaschutzkonzept von 2018 wird daran nichts ändern, solange nicht politische Kräfte im Rat die Einhaltung einfordern. Wichtige Handlungsfelder neben Mobilität und Bauen sind darüber hinaus die städtischen Grünflächen und der Stadtwald sowie Landaus Zoo. Auf städtischen Grünflächen können wir Artenvielfalt fördern, im Stadtwald ebenso wie im Zoo zur Umweltbildung beitragen. Außerdem muss schon jetzt im Feld der Klimaanpassung mit Blick auf Hitzesommer und Starkregenereignisse vorgesorgt werden.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Wichtigste Aufgabe für die kommenden zehn Jahre ist die erfolgreiche **Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes**. Zentrales Ziel ist die Senkung der jährlichen Treibhausgasemissionen von 10 Tonnen pro Mensch und Jahr (Referenz ist das Jahr 1990) auf 4,5 Tonnen bis 2030. Aktuell liegen wir in Landau bei knapp 7,4 Tonnen. Das soll zum einen über die Senkung des Wärmeverbrauchs um 16 Prozent sowie die CO_2-Neutralität des Gebäudemanagements, das alle städtischen Gebäude, Kitas und Schulen unterhält, erreicht werden. Außerdem soll der städtische Fuhrpark auf alternative Antriebstechnologien umgestellt werden. Zur Kontrolle sollen alle zwei Jahre die Umsetzung der Maßnahmen ausgewertet werden. Wir wollen, dass auch für die Bereiche Wohnen und Mobilität hierzu ausführlich Stellung genommen wird, da die Unterpunkte im Klimaschutzkonzept noch nicht ausreichen, um das Klimaschutzziel 2030 zu erreichen. Deshalb müssen in den nächsten Jahren zusätzliche Maßnahmen in diesen beiden Feldern folgen.

Eine auf Antrag der GRÜNEN eingestellte und von der Bundesregierung geförderte **Klimaschutzbeauftragte** wollen wir auch über die Förderzeit hinaus beschäftigen und entfristen. Diese kann helfen, Fördermittel abzurufen, die bei Einzelprojekten bis 200.000 Euro mit bis zu 50 Prozent gefördert werden. Dazu können Nahwärmenetze, energetische Sanierungen und Mobilitätsprojekte gehören.

Neben Maßnahmen zum Klimaschutz bedarf es auch **Maßnahmen zur Klimaanpassung**. Erste Auswirkungen des Klimawandels, wie beispielsweise Starkregenereignisse sowie extrem trockene und heiße Sommer, waren auch schon in Landau spürbar. Um solchen Ereignissen begegnen zu können, braucht es Anpassungsmaßnahmen. Mit dem Klimaanpassungskonzept kann Landau wichtige Weichen stellen. Wir werden darauf drängen, dass Sonnenschutz in der Innenstadt, Aufklärung der Bevölkerung (z.B. durch ein Hitzetelefon), Hochwasserschutz, Frischluftschneisen und Begrünung bei Bauprojekten eine zentrale Rolle spielen. Bei Konflikten unterschiedlicher ökologischer Faktoren werden wir die Argumente und Alternativen sorgfältig abwägen.

Energie

In einer sonnenreichen Region wie der Südpfalz bieten Photovoltaikanlagen die beste Chance für eine **dezentrale Energiewende**. Deshalb wollen wir die Restriktionen für solche Anlagen auf ein Minimum reduzieren und Dachflächen nutzen, damit Felder geschont werden. Außerdem werden in den nächsten Jahren unterschiedliche Konzepte für effiziente Energiespeicher serienreif, die wir in Landau dann ausreichend installieren wollen.

37 Prozent des Energiebedarfs sind Strom und Wärme für private Haushalte. Mit städtebaulichen Sanierungsgebieten, die über KfW-Quartierskonzepte auch finanziell gefördert werden, schaffen wir Anreize für private Haushalte, Kosten zu sparen und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. In Neubaugebieten setzen wir aus diesen Gründen von Anfang an auf städtische Quartiere, in denen der Energiestandard KfW 40 zur Mindestnorm werden soll. Mit der **Solaroffensive** verpflichten wir Gewerbetreibende, Investoren und privat Bauende, ihre Dachflächen entweder selbst für Photovoltaikanlagen zu nutzen oder sie Dritten dafür zur Verfügung zu stellen. So steigen zwar die Entstehungskosten, die Gesamtkosten des Gebäudes sinken aber erheblich, weil Installations- und Anschaffungskosten in den letzten Jahren enorm gesunken sind und man die eigenen Energiekosten senkt. Darüber hinaus halten wir den Ausbau bestehender und die Installation weiterer Nahwärmenetze für eine sinnvolle Maßnahme.

Das **Gebäudemanagement Landau (GML)** als stadteigener Betrieb hat in den letzten Jahren schon Fortschritte bei Energieeinsparung und Dämmung gemacht, ist aber nur für zwei Prozent der Emissionen in Landau verantwortlich. Wir unterstützen deshalb das Ziel der CO_2-Neutralität städtischer Gebäude, müssen darüber aber weit hinausgehen. Die komplette Umstellung der Straßenbeleuchtung und der Lichtsignalanlagen an Ampeln auf LED ist dafür ein Ansatzpunkt.

Das Klimaschutzkonzept zeigt für die **Entsorgungswerke Landau (EWL)** einige Einsparpotenziale auf. Dazu gehören die Klärgasnutzung in einem eigenen Blockheizkraftwerk, die Erneuerung der Belüftung sowie verfahrenstechnische und maschinentechnische Maßnahmen zur Optimierung der Betriebsabläufe. Außerdem sollten die Erweiterungsflächen für den Anbau schnell wachsender Hölzer und die Abwärme der Kühler zur Trocknung von Hackschnitzeln genutzt werden. Das Ausreizen aller Kapazitäten für Photovoltaikanlagen zur Eigenstromnutzung wäre ein weiterer sinnvoller Baustein. Für viele dieser Projekte gibt es auf Bundes- und Europaebene Förderprogramme, die gemeinsam mit der oder dem städtischen Klimaschutzbeauftragten erschlossen werden können.

Die **EnergieSüdwest AG (ESW)** kann für die von uns vorgeschlagene Solaroffensive ein entscheidender Akteur sein. Für Bauende, die sich nicht selbst darum kümmern wollen, kann die ESW die Anlage planen, installieren, warten, betreiben und finanzieren (Contracting). Die Privatpersonen können so den Eigenstrom günstig nutzen, während Überschüsse ins Netz eingespeist werden. Bei den erwähnten Speichertechnologien kommt dann der EnergieSüdwest eine Schlüsselrolle in Landau zu. Stillgelegte Erdölbohrungen können in der Region geothermisch für Nahwärmeverbünde erschlossen werden. Neben der Aufrüstung bei der Energieerzeugung, stellt die Modernisierung der privaten Heizungsanlagen die wichtigste Säule des Energiesparens in unserer Stadt dar. Über 80 Prozent der Landauer Heizkessel und Heizungspumpen sind älter als 20 Jahre, wodurch sich eine Modernisierung finanziell und energetisch schnell rechnet. Hier kann die ESW zusammen mit der Stadt durch eine Informations- und Aufklärungskampagne viel erreichen.

Das Landauer **Geothermiekraftwerk** wurde vor gut 20 Jahren aus der Idee geboren, statt Windkraftanlagen über diesen Weg einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Leider hat sich der Betreiber als nicht allzu kooperativ und die eingesetzte Technik als mangelhaft erwiesen. Durch die vom FDP Wirtschaftsminister ausgestellte Betriebsgenehmigung besteht seitens der Stadt Landau leider keine Möglichkeit, den Weiterbetrieb zu stoppen. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten den Fortgang des Projektes beobachten und hohe Sicherheitsstandards bei den zuständigen Akteuren einfordern.

Umwelt

Umweltpolitik wird in Landaus Stadtvorstand bis heute vernachlässigt. Dabei sind die Möglichkeiten kommunaler Politik in den Bereichen **Artenvielfalt und Grünflächen** groß. Statt Saisonblumen und Rasen könnten vielerorts Blühstreifen und Wiesen angelegt werden, die ganzjährige Lebensraum für Insekten bieten. Hierbei sind Blütenmischungen und **insektenfreundliche Parkbepflanzungen** relevante Aspekte. Projekte für das Gärtnern in der Stadt, städtischen Parks und Hochbeeten – auch auf Plätzen – sollten wir unterstützen („Urban Gardening"). Das Mähen von Wiesen soll in Teilabschnitten erfolgen, damit sich Insekten und Säugetiere in den belassenen Abschnitten weiterhin wohl fühlen. Auch Laub soll im Herbst an bestimmten Stellen liegen bleiben, um als Versteck für Winterschläfer zu dienen.

Landau verfügt mit der kleinen Kalmit, dem Ebenberg und den Reiterwiesen über einige **Biotope**, die zu ihrem Erhalt eine Beweidung durch Tiere benötigen. Hierfür wollen wir ein Konzept erstellen lassen und alle größeren städtischen Grünflächen mit einbeziehen. Bisher wird kein Glyphosat auf Landaus Grünflächen eingesetzt. Dieses Verbot wollen wir, soweit möglich, auf alle Pflanzen-, Insekten- und Umweltgifte auch bei Pachtflächen ausweiten.

Wo Neubaugebiete unvermeidlich sind, soll dieser Siedlungsraum von Anfang an auch als Lebensraum für Tiere und Pflanzen mitgestaltet werden. Neben einer möglichst **geringen Flächenversiegelung** und dem Verbot so genannter „Steingärten" setzen wir auf Bauvorgaben, die zum Beispiel das Schaffen von Hohlräumen für Vögel einfordern. Außerdem sollen **Fassaden- und Dachbegrünungen** oder gar Dachgärten zum Standard werden. Hierfür wollen wir über den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) ein Förderinstrument entwickeln.

Der verbliebene Altbaumbestand gehört mit den zahlreichen Parks zu den schönsten Seiten in Landaus Kernstadt. In der Vergangenheit mussten wir leider erleben, dass bei Baumaßnahmen das Fällen aller Bäume – egal ob alt oder jung – normal war. Diesen Mangel an Haltung wollen wir ersetzen durch eine klare Position. Bäume machen eine Stadt lebenswerter, helfen mit ihrem Schatten und der Verdunstung gegen Hitzewellen, speichern Wasser, reinigen die Luft und binden CO_2. Dabei sind ältere Bäume um ein Vielfaches wertvoller als jüngere, da das Volumen der Baumkrone maßgeblich ist. Eine **Baumschutzsatzung** soll deshalb dazu beitragen, gerade solche Bäume zu bewahren. Kurzfristig setzen wir auf die Veröffentlichung des Baumkatasters im Internet und sichtbare Markierungen an den Bäumen, um bei Schäden oder Anzeichen von Krankheiten gezielt das Umweltamt informieren zu können. Ein Baumpatenprogramm kann außerdem helfen, Bäumen durch harte Sommer zu bringen. Mittelfristig sollte die Vitalität, der Bestand sowie die Kompensations- und Klimaanpassungsfähigkeit der vorhandenen Stadtbäume ausgewertet werden. Gegenwärtig ist es in den meisten Straßenzügen so, dass alle Bäume sich im selben Lebenszyklus

befinden. Wenn dieser sich dem Ende zuneigt oder Straßenbaumaßnahmen anstehen, verliert ein Viertel oft innerhalb kurzer Zeit seinen gesamten alten Baumbestand. Um dem zukünftig begegnen zu können, setzen wir auf antizyklische Baumpflanzungen. Wo es alte und mittelalte Bäume gibt, wollen wir zwischen sie junge Bäume pflanzen, damit diese nach dem Tod der Altbäume ihre Funktion übernehmen können.

Mit den meisten Zoos und Veranstaltungen mit Wildtieren haben wir GRÜNE unsere Probleme. Mit dem Landauer Zoo haben wir keine. Er ist eine hervorragende **Umwelt- und Klimaschutzbildungseinrichtung**, weshalb wir ihn gerade in diesen Bereichen stärken und erhalten wollen. Die Kooperation mit der Universität in der Zooschule wollen wir fortführen und mindestens eine halbe Stelle dauerhaft finanzieren. Gerade auch für angehende Lehrerinnen und Lehrer wollen wir die pädagogischen Möglichkeiten erhalten und wenn möglich ausbauen. Als Klimaschutz- und Umweltbildungseinrichtung braucht der Landauer Zoo auch entsprechende Investitionen. Eine Förderung in diesem Kontext können wir uns auch über eine **Zookindertagesstätte** vorstellen, die entweder auf dem alten Messplatz oder an der Hindenburgstraße ihren Platz finden und eng mit dem Zoo verknüpft werden könnte.

Mai- und Herbstmarkt sollen ein tierleidfreier Raum sein. Deshalb wollen wir zukünftig kein Ponyreiten zulassen, bei dem diese sensiblen Fluchttiere lange Zeit in einer lauten Umgebung im Kreis geführt werden. Alternativen wie zum Beispiel Ponyreittouren durch das Fort oder den Schillerpark halten wir für besser. Städtische Flächen wollen wir einem Zirkus mit nicht artgerecht gehaltenen Wildtieren nicht zur Verfügung stellen. Die Mittel für das Landauer Tierheim wollen wir auf den vom Tierschutzbund vorgeschlagenen einen Euro pro Mensch und Jahr heben.

Mit dem GRÜNEN Programm „Aktion Blau+“ auf Landesebene existiert die Möglichkeit, die **Renaturierung und ökologische Aufwertung von Gewässern** fast vollständig vom Land finanzieren zu lassen. So wollen wir Gewässer schützen und sichtbar machen. Besonders wichtig sind diese Punkte beim Schwanenweiher. Dessen Gewässerstabilität ist gefährdet und 2017 kam es zum Einsatz eines Fischzuchtbeckenreinigungsmittels, der nicht mit Fachstellen auf Landesebene abgestimmt war und auf den kurz darauf ein besonders schweres Umkippen des Weihers und ein massives Fischsterben folgte. Die nun angekündigte Sanierung des Weihers inklusive seiner Ausbaggerung halten wir für richtig und wichtig. Sollte dies nicht zu einem langfristig stabilen Ökosystem führen, sind wir dafür, die Fläche in ein anderes Biotop umzuwandeln.

Weinbau, Landwirtschaft und Boden

Landaus Stellung und touristische Attraktivität ist eng verknüpft mit Weinbau und Landwirtschaft. Auf den im weltweiten Vergleich sehr wertvollen Böden werden neben Nahrungsmitteln auch Genussmittel angebaut und produziert, die in die ganze Welt exportiert werden. Deshalb ist es wichtig, Landwirtschaft und Weinbau nicht allen anderen öffentlichen Interessen unterzuordnen. Viele Familienbetriebe der Winzerinnen und Winzer leben von zehn Hektar Land. Durch militärische Konversionsflächen, Neubau- und Gewerbegebiete hat Landau in den letzten Jahren und wird in den nächsten Jahren über 200 Hektar Boden verbrauchen. Versiegelter Böden sind auf Jahrhunderte für die Landwirtschaft verloren. Wo Wingert betroffen ist, fehlt es zudem an geeigneten Alternativflächen, auf die Winzerinnen und Winzer zugreifen könnten, weil Bodenqualität, Lage und die Erlaubnis zum Anbau von Wein begrenzt sind.

Deshalb wollen wir Landaus Winzerinnen und Landwirte dadurch schützen, dass wir ihre Lebensgrundlage erhalten. Eine **Bodenschutzsatzung** soll die Bodenqualität in Landau vollständig erfassen und landwirtschaftlich sowie ökologisch wertvolle Böden durch Ausschluss von Bebauung sichern. So könnten wir Jahrzehnte im Voraus eventuelle Erweiterungsflächen benennen, sodass Anwohnerinnen und Anwohner wie auch Winzerinnen und Winzer Planungssicherheit hätten. Außerdem wollen wir Landaus **Ökokataster** öffentlich einsehbar machen, damit ökologische Ausgleichsmaßnahmen identifiziert und bestimmten Bauprojekten nachvollziehbar zugeordnet werden können. Dieses Kataster ist in der Südlichen Weinstraße schon einsehbar, Landau ist darin ein weißer Fleck.

Fairtrade und Regional

Landau ist seit einiger Zeit **„Fairtrade-Stadt"**. Mit diesem Siegel wollen wir nicht nur fair gehandelten Kaffee bei Ratssitzungen verbinden, sondern eine konsequente Haltung bei allen städtischen Beschaffungen. Schritt für Schritt soll Landau einzelne Bereiche identifizieren und bei Ausschreibungen und Anschaffungen darauf achten, dass die Produkte fair gehandelt und produziert wurden, sowie nachhaltig sind. So lassen sich weltweite Ungerechtigkeiten, Raubbau an Ressourcen und menschenverachtende Produktion bekämpfen. Dazu ist es wichtig, dass in der Stadtverwaltung entsprechende Richtlinien und Produktzusammenstellungen erarbeitet werden, auf die dann einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugriff haben. Städte wie Mainz machen diese Praxis seit Jahren erfolgreich vor.

Neben Fairtrade halten wir auch **regionale Produkte** für wichtig. Sie schaffen und halten Wertschöpfung in der Region, verkürzen Transportwege und müssen oft nicht gesondert verpackt werden. Gerade unser Wochenmarkt eignet sich zur Förderung solcher Produkte, indem wir die Standgebühren für Anbieterinnen und Anbieter senken, je regionaler, biologischer und fairer sie produzieren und handeln.

Sauberkeit und Müllvermeidung

Landau ist eine saubere und gepflegte Stadt. Trotzdem haben Essen und Getränke zum Mitnehmen und das Verzehren dieser unterwegs die Situation in einigen Bereichen verschärft. Zwar ist Abfallvermeidung die beste Strategie, um für Sauberkeit zu sorgen, doch sind mehr geschlossene Mülleimer an belebten öffentlichen Orten hilfreich. Hier wollen wir auch entsprechende Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen schaffen. Hundetoiletten können zur Sauberkeit des öffentlichen Raums beitragen. Entscheidend ist hier das Verhalten der Tierhalterinnen und Tierhalter.

Den Stellenumfang der Präventionsstelle zur pädagogischen Abfallberatung innerhalb der Entsorgungswerke Landau wollen wir erhöhen. Nach einer hoffentlich erfolgreichen Testphase der gelben Wertstofftonne in den Stadtdörfern, wollen wir diese auf die gesamte Kernstadt erweitern. Außerdem halten wir die Sammlung von Glas in Plastiksäcken für überholt und wollen diese durch Glaskörbe ersetzen.

Plastik als beständiges und nützliches Material hat in vielen Anwendungsbereichen Vorteile. Bei einmaliger Nutzung in Form von Plastiktüten, Verpackungen oder Einweggeschirr entsteht aber ein weltweites Problem der Plastikflut. Die Langlebigkeit der Produkte führt dazu, dass sie aus der Um-

welt kaum noch zu entfernen sind. Zudem führt es zur Vermüllung des öffentlichen Raums. Städte versuchen sich gerade an einer örtlichen **Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen**, die dieses Problem in den Griff bekommen soll. Wenn sich diese örtlichen Verbrauchssteuern als rechtssicher erweisen, wovon diese Städte ausgehen, halten wir dieses Instrument auch in Landau für sinnvoll. In vielen Bereichen sind stattdessen **Mehrwegsysteme** denkbar, wie zum Beispiel Recup-Getränkebecher, die es in Landau teilweise schon gibt. Solche Systeme wollen wir fördern und unterstützen.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **Reduktion der Treibhausgasemissionen** pro Mensch und Jahr auf 4,5 Tonnen
- → Dauerhafte Einstellung einer **Klimaschutzmanagementstelle**
- → **Boden- und Baumschutzsatzung** einführen
- → Vorausschauend **nachhaltige Baumpflanzungen**
- → **KfW40** zum Baustandard machen
- → Einschränkungen für **Photovoltaikanlagen** auf ein Minimum reduzieren
- → **Blühstreifen** und Wiesen statt Saisonblumen und Rasen
- → **Mehrwegsysteme** zur Reduktion von Verpackungsmüll fördern

4. SOZIALES UND BILDUNG

Die Zukunft einer Kommune, eines Landes, einer Gesellschaft wird durch Sozialpolitik maßgeblich beeinflusst. Hier entscheiden sich Chancengerechtigkeit für Kinder unterschiedlicher Schichten, der Erfolg von Integration, die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung und ob sich Menschen überhaupt für Kinder entscheiden. Menschen sind vor allem anderen und in erster Linie immer Menschen. Egal wo und als wessen Kinder sie geboren werden, ihnen kommen unveräußerliche Rechte zu. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir ihnen die Freiheit ermöglichen, damit sie werden, wer sie sein könnten. Chancengleichheit ist es, die die Vielfalt unterschiedlicher Lebenswege und Lebenskonzepte ermöglicht, und Toleranz und Akzeptanz sind es, die diese Vielfalt schützen.

Wir wollen, dass Landauerinnen und Landauer hier ihren Weg gehen können. Es soll Beratung und Angebote für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen geben, unabhängig davon, ob sie gerade oder verschlungene Wege wählen. Dazu gehört für uns die Möglichkeit für jedes Kind, jede Schule und Kita besuchen zu können. Dazu gehört die Freiheit der Eltern, sich individuell für Arbeit und Familie entscheiden zu können und diese Entscheidungen nicht von Betreuungsglück und verständnisvollen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern abhängig machen zu müssen. Dazu gehört für uns eine Stadt, die allen zugänglich ist, auch wenn sie beispielsweise auf Rollstuhl oder Kinderwagen angewiesen sind. Dazu gehört Jugendbeteiligung ebenso wie das Einbeziehen von Älteren, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigung. Und dazu gehört, dass jemand auch in der Spätphase seines Lebens in seinem Dorf, seiner oder ihrer gewohnten Umgebung gut leben kann. All das wollen wir GRÜNE.

Was wir auch wollen, ist die Abschaffung des Hartz IV-Systems mit seinen Sanktionen und Kürzungen am Existenzminimum. Aber wie ein Großteil der Sozialgesetzgebung gehört das in die Zuständigkeit der Bundespolitik. Diese hat auch der UN-Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen zugestimmt und sie so in geltendes Recht der Bundesrepublik Deutschland verwandelt. Wie in vielen Bereichen der Sozialpolitik aber blieb die Übernahme damit verbundener Kosten wie auch der konkreten Umsetzung den Städten und Gemeinden überlassen. Ähnlich sieht es im Feld der Landespolitik aus, die für die Gehaltsverhandlungen von Erzieherinnen und Erziehern ebenso verantwortlich ist wie die rheinland-pfälzische Errungenschaft der beitragsfreien Kita, die wir anders als die CDU nicht abschaffen wollen. Die damit verbundenen hohen Kosten, bleiben jedoch teilweise auch wieder den Kommunen überlassen. Als Stadt Landau haben wir aber andererseits einen großen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik in dem von Bund und Land gesetzten Rahmen. Sei es die Barrierefreiheit von Straßen und Schulen, ein besserer Betreuungsschlüssel, flexiblere Öffnungszeiten in kommunalen Kitas oder der Einsatz von Streetworkern – **wir können mit Sozialpolitik die Zukunft positiv verändern.**

Familien und Kitas

Wir fördern die Teilhabe von Familien an kulturellen und sportlichen Ereignissen über den Familienpass und wollen dieses Instrument ausbauen. Die Sammlung von Angeboten für Familien auf städtischen Internetseiten wollen wir aktuell halten, bewerben und unkompliziert gestalten. Ein immer wieder auftauchendes Problem für junge Familien ist die Suche nach einem Kitaplatz. Hier wollen wir zumindest für die städtischen Kitas eine zentrale Anmeldung ermöglichen, bei der wir im Rahmen des rechtlich möglichen auch den Wohnort berücksichtigen. Unser Ziel ist ein **wohnortnaher Kitaplatz für alle Kinder**, wobei jede Kita einem Grundschulbezirk zugewiesen sein sollte. So wollen wir Freundeskreise der Jüngsten erhalten und wir unterstützen dadurch Quartierszugehörigkeiten und die Stadt der kurzen Wege auch für die ganz Kleinen. Freie Träger tun sich mit einer solchen zentralen Anmeldung noch schwer. Wir wollen sie dennoch langfristig in dieses System integrieren.

Um die Wohnortnähe und weltanschauliche Neutralität gewährleisten zu können, wollen wir neue Kitas nur in städtischer Trägerschaft eröffnen und diese über die Kernstadt verteilen. Gerade in neuen Quartieren sollte eine Kita mit Spielplatz und Grünanlage den Mittelpunkt bilden. Ein unterversorgter Bereich ist unserer Meinung nach noch der Norden der Kernstadt. Mit einer **Zookindertagesstätte** könnten wir hier eine Versorgungslücke schließen, unseren städtischen Zoo unterstützen und ein beinahe einmaliges Angebot schaffen, das auch im Bereich der Umweltbildung viel leisten kann. Im selben Kontext finden wir Waldkitagruppen unterstützenswert. Für all diese städtischen Kindertagesstätten setzen wir bei den über Dreijährigen auf einen **Betreuungsschlüssel** von einer Erzieherin oder einem Erzieher von maximal 7,5 Kindern, bei unter Dreijährigen zu maximal drei Kindern. Leitungen wollen wir ausreichend Zeit zur Verfügung stellen und mithilfe von Verwaltungsfachkräften die pädagogischen Kräfte entlasten. Wo das Land für diese Rahmenbedingungen nicht aufkommt, sind wir bereit, die Gewerbesteuer zur Gegenfinanzierung zu erhöhen, da soziale Infrastruktur gerade für arbeitende Eltern entscheidend ist. Zu dieser arbeitnehmerfreundlichen Infrastruktur gehören unserer Meinung nach **flexible Kita-Öffnungszeiten**, die moderne Schicht- und Arbeitszeiten berücksichtigen. Städtische Kitas sollten deshalb zwischen 6 und 20 Uhr geöffnet sein, wobei wir aus pädagogischen Gründen die Aufenthaltszeit pro Kind auf maximal 9 Stunden am Tag begrenzen wollen. Wie auch in Schulen wollen wir beim Kitaessen höhere Standards als die aktuellen anlegen. Wichtig ist uns biologisches, regionales, saisonales selbst gekochtes Essen. Wo entsprechende Räumlichkeiten fehlen, werden wir diese ergänzen.

Jugend

Wir nehmen Kinder und Jugendliche als Akteure in unserer Stadt ernst und wollen ihnen Möglichkeiten zur Gestaltung und Mitsprache geben. Wir unterstützen daher das Konzept der JuBeLa – der Jugend-Beteiligung-Landau – und fordern ein **Jugendparlament**, bei dem Schülerinnen und Schüler, aber auch Auszubildende ihre Ideen einbringen und umsetzen können und dabei Demokratie leben. Wir möchten diese Angebote über Schulen und Berufsschulen bekannt machen und so auch Jugendliche erreichen, die nicht in Landau wohnhaft sind. Wir wollen Jugendlichen Angebote zur Seite stellen, die sie in ihrer Entwicklung unterstützen und das Angebot des „Haus der Jugend" erweitern. Der Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter stellt viele Anforderungen an junge Menschen, sei es schulisch oder beruflich, bei der Verselbstständigung oder im zwischenmenschlichen

Bereich. Wir wollen daher **Beratungs- und Informationsangebote** im Haus der Jugend vernetzen. Hier sollen Jugendliche Informationen über Leistungen der Jugendhilfe, über Beratungsangebote bei Fragen zu Identität, Sexualität oder Beziehung, und Unterstützung bei Fragen zur Finanzierung von Ausbildung, Schule oder eigener Wohnung finden. Im Zuge dessen soll die Homepage überarbeitet und übersichtlicher gestaltet, sowie mit anderen Informationsseiten verknüpft werden.

Dass immer mehr junge Menschen bis in die Zwanziger von ihren Eltern unterstützt werden und auch zu Hause wohnen, zeigt, dass der Übergang in die Selbstständigkeit nicht einfach ist. Wir wollen daher auch Jugendlichen in der **Jugendhilfe** die Zeit einräumen, die sie brauchen und die rechtlichen Möglichkeiten einer Förderung bis zum 26. Lebensjahr in Einzelfällen nutzen. Darüber hinaus wollen wir Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe die Möglichkeit geben, Geld für Projekte, Anschaffungen oder die Zukunft zu erarbeiten und zu sparen. Wir wollen daher eine Reduzierung der Selbstkostenbeteiligung. Fünfzig Prozent des Einkommens der Jugendlichen und jungen Menschen sollen diese behalten und die übrigen 50 Prozent sollen für ihre Zukunft zurückgelegt werden. Im Moment erhalten sie meist nur 25 Prozent, der Rest geht ans Jugendamt.

Gleichberechtigung

Obgleich die Gleichstellung von Männern und Frauen grundgesetzlich schon Recht ist, liegt noch ein weiter Weg vor uns. Die strukturelle Benachteiligung von Mädchen und Frauen, oder Menschen, die nicht in unser binäres Geschlechtssystem passen, ist allgegenwärtig und doch oft nicht bewusst. GRÜNE Politik ändert das. Seit einigen Jahren liegt der von allen Fraktionen unterstützte Beschluss vor, Straßen und Plätze in Landau nach Frauen zu benennen. Seitdem wurden zwar einige neue Namen vergeben, jedoch nie der einer Frau. Diese Inkonsequenz wollen wir beenden und fangen bei uns selbst an. GRÜNE Listen sind die einzigen paritätisch besetzen, wir sichern den Einzug von Frauen und ermöglichen die Doppelspitze, damit sich Männer und Frauen Führungsaufgaben teilen. Wir fordern nicht nur **politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung**, sondern machen sie zur Wirklichkeit.

Wir wollen sowohl geschlechtergerechte Sprache in allen Bereichen des Lebens etablieren, als auch bei alltäglichen, städtebaulichen oder sozialen Entscheidungen geschlechtsspezifische und unspezifische Umstände mitdenken. Daher sind wir für Uni-Sex-Toiletten im öffentlichen Raum, Zugang zu Wickeltischen für Mütter und Väter, geschlechtersensible Aufnahme und Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten, das Bauen von sicheren Räumen, seien es ausgeleuchtete Parkplätze, Wege oder Parks. Wir schaffen soziale Infrastruktur durch Betreuungsangebote und Wohnmöglichkeiten, die Alleinerziehenden die Möglichkeit geben durch Arbeit ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Wir fordern, dass Landaus Stadtvorstand und Verwaltung Vorbild für Toleranz und Chancengleichheit ist. Dass sie sich weiterhin an Boys- und GirlsDay beteiligen, Ausschreibungen nicht nur geschlechtsneutral formuliert sind, sondern auch andere Geschlechter berücksichtigen und Hilfsinfrastruktur in Form von beispielsweise Frauenhäusern, Beratungsangeboten und AIDS-Prävention ausfinanziert sind.

Inklusion und Barrierefreiheit

Mit der Verabschiedung der **UN-Behindertenrechtskonvention** wurden die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen gestärkt und die Pflichten der Allgemeinheit klar benannt. Ein wesentlicher Punkt stellt die Barrierefreiheit dar. Seien es das Kopfsteinpflaster in der Fußgängerzone oder manchen Straßen, Bahnsteige und Bushaltestellen, fehlende Aufzüge und zu schmale Toiletten: in den Bereichen Bauen und Mobilität kann und muss noch viel für Teilhabe getan haben. Das schließt auch ein, dass der Wohnungsbau durch die Stadt möglichst barrierefrei sein sollte und private Akteure auf diesen Aspekt hinzuweisen sind. Praxen, Apotheken und Krankenhäuser, aber auch die Einkaufsmöglichkeiten in der Fußgängerzone wollen wir barrierefrei. Aber auch in Landaus Kultureinrichtungen oder auf dem Landesgartenschaugelände ist noch einiges zu tun. Es braucht Rollstuhlfahrerplätze, Signalanlagen für Hörgeschädigte bei Vorträgen und Konzerten (T-Spulen Induktionsanlagen) und Blindenlinien für Sehgeschädigte. Der städtische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention liefert eine Fülle an umsetzbaren Möglichkeiten.

Bei all diesen Projekten wollen wir den von uns beantragten und nun eingeführten **Behindertenbeirat stärken**. Er soll als Beirat der Betroffenen bei Ausgaben eingebunden werden und über ein eigenes Budget verfügen, um Kommunikation und Beteiligungsprozesse zu gestalten. Als Expertinnen und Experten kann der Beirat außerdem helfen, die städtischen Internetseiten und Veröffentlichungen der Verwaltung in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen.

Seniorinnen und Senioren

Wie auch der Migrations- und Behindertenbeirat soll der Seniorenbeirat ein eigenes Budget erhalten und bei seinen Themen vom Stadtrat beteiligt werden. Als wichtiges Thema erachten wir auch für Seniorinnen und Senioren das Politikfeld Wohnen. Mit **Wohngemeinschaften für ältere Menschen** durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft in den Stadtdörfern, wollen wir die Möglichkeit schaffen, im eigenen Dorf zu bleiben. Statt auf Masseneinrichtungen setzen wir dafür auf die Kooperation mit Pflegediensten und separaten Wohnungen für Pflegepersonal. In neuen städtischen Quartieren wollen wir solche Wohngemeinschaften ebenso wie Kindertagesstätten von Anfang an am zentralen Platz des Viertels mitdenken. Beim **„Remanenzkonzept“** geht es darum, dass viele Seniorinnen und Senioren allein in Häusern und Wohnungen leben, die sie einerseits kaum noch unterhalten können, und andererseits auch nur noch zum Teil bewohnen. Auch um Altersarmut und sozialer Isolation zu begegnen, wollen wir an diese älteren Menschen herantreten, und sie bitten, einen Teil ihres Wohnraums für Alleinstehende, Auszubildende, Paare oder Studierende zur Verfügung zu stellen. Durch Untervermietungen kann so ein Beitrag zur Rente geleistet werden und die Bausubstanz durch Bewohnung erhalten werden. Zu diesem Ansatz halten wir auch das Projekt „Wohnen für Hilfe“ für eine schöne Ergänzung, bei der nicht finanzielle Gründe eine tragende Rolle spielen, sondern soziale. Die älteren Menschen sollen beraten werden, zum Beispiel wenn es um angemessene Mieten oder notwendige bauliche Veränderungen geht. Außerdem spielt die Stadtverwaltung eine entscheidende Rolle in der respektvollen Ansprache wie auch bei der Vermittlung geeigneter Partner. Die Gemeindeschwester plus, die wir erhalten wollen, könnte bei diesem Projekt zur Reduktion der Wohnungsnot und sozialen Teilhabe eine wichtige Rolle spielen.

Integration und Migration

Landau ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen, zugezogen sind Menschen aus Deutschland, Europa und dem Rest der Welt. Aktuell liegt der Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern mit einem Migrationshintergrund und ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei knapp 10 Prozent.

Mit dem Beirat für Migration und Integration hat Landau bereits ein demokratisches Gremium, dass die Interessen von Migrantinnen und Migranten vertritt und mit und bei der Erarbeitung des **Integrationskonzeptes** haben sich die verschiedenen Akteure und Beteiligten kennen gelernt und vernetzt. Wir setzten uns dafür ein, dass die erarbeiteten Ziele jetzt auch zeitnah umgesetzt werden und die geschaffenen Strukturen, wie die Steuerungsgruppe, der runde Tisch Migration und die Stelle der Integrationsbeauftragten, weiter zusammenarbeiten. Wir sehen eine Vernetzung von Haupt- und Ehrenamtlichen genauso als Aufgaben der nahen Zukunft, wie das Planen und Schaffen einer zentralen Einrichtung zur Beratung und Unterstützung von Geflüchteten und Ehrenamtlichen. Die Kooperationen, die es bereits zwischen Berufsschulen, Jobcenter, Anbietern von Sprachkursen, Volkshochschule und Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammer gibt, müssen wir weiter ausbauen und dabei neben dem Spracherwerb besonders auch auf die berufliche Qualifizierung und mathematisch-technisches Wissen achten. Die Kooperation der Berufsschule Südliche Weinstraße in Edenkoben mit der profeS GmbH und dem Jobcenter (BIK) ist ein gutes Beispiel für neue Wege, um auch über 18-jährigen Geflüchteten einen Einstieg in das deutsche Ausbildungs- und Arbeitssystem zu ermöglichen.

Wir halten es für dringend erforderlich auch Menschen ohne langfristige Bleibeperspektive offen und wertschätzend zu begegnen. Dazu gehört sie am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen, ihnen eine Möglichkeit zum Spracherwerb zur Verfügung zu stellen und ihnen **sinnvolle Aufgaben und Gemeinschaft** anzubieten. Wir setzten uns deshalb dafür ein, dass die bereits eingestellten Streetworker auch auf diese Menschen zugehen und sie bei der Suche nach Hilfs- und Beratungsangeboten unterstützen. Wir wollen in den nächsten Wochen insbesondere unter jungen Migrantinnen und Migranten dafür werben, sich im Beirat für Migration und Integration zu engagieren.

Wir wollen an der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten festhalten, weil sie durch das Einbinden in Gemeinschaften die Integration fördert. Gerade weil Geflüchtete einen schweren Stand auf dem Wohnungsmarkt haben, braucht es die Stadt als Hauptmieterin und im besten Falle als Vermieterin über stadteigene Wohnungen.

Wir wollen außerdem, dass Landau sich den Städten anschließt, die sich bereit erklärt haben, Bootsflüchtlinge aufzunehmen statt sie nach Libyen zurückzubringen oder ertrinken zu lassen. Wir wollen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um gut integrierte Menschen vor Abschiebung zu bewahren.

Schulen

Als Kommune ist Landau vor allem für die Räumlichkeiten, die technische Ausstattung sowie Personal in der Schulverwaltung und Gebäudebetreuung zuständig. Bei den anstehenden Erweiterungen wollen wir bestehende **Grundschulstandorte sichern und erweitern**, statt neue Grundschulen zu bauen. Gerade auf den Dörfern ist eine existierende Grundschule ein zentraler Standortfaktor. Deren Schulbezirke wollen wir mit den Kitabezirken in Übereinstimmung bringen, um soziale Strukturen und Freundeskreise möglichst lange zu erhalten. **Schulessen** sollte wie Kitaessen regional, biologisch, saisonal und selbst gekocht sein. Wo hierfür die Möglichkeiten fehlen, wollen wir sie schaffen. Im Feld der Mobilität ist es unser Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler gefahrlos allein zur Schule kommen können. Sobald sich Bund und Länder auf ein Prozedere beim Digitalpakt geeinigt haben, wollen wir verfügbare Mittel schnellstmöglich für die weitere Digitalisierung unserer Schulen abrufen.

Die Sekretariatsstunden orientieren sich an der Schülerzahl. Diese Relation wollen wir verbessern, um die Lehrerschaft von zusätzlichen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Bei der **Schulsozialarbeit** setzen wir auf deren Ausbau, weil wir überzeugt sind, dass bei einer Früherkennung von Problemen, mit einfacheren Mitteln früh viel geholfen werden kann und langfristig auch erhebliche Einsparungen folgen, wenn Lebenswege keine Brüche erleiden. An den größeren Schulen und Schulzentren wollen wir auch stationäre Schulsozialarbeit ermöglichen, halten aber insgesamt vor allem mit Blick auf die kleineren Schulen und Grundschulen an der mobilen Schulsozialarbeit fest.

Anders als bisher wollen wir Schulgemeinschaften frühzeitig und transparent in die Schulentwicklung integrieren. Ein erfolgversprechender Bestandteil könnten Schulparlamente sein, in denen Schulleitung und Kollegium zusammen mit Elternvertretern und Schülerinnen und Schülern gemeinsam über Prozesse beraten und entscheiden. So könnten innovative Prozesse wie der von uns in die Diskussion eingebrachte spätere Schulbeginn zukünftig erfolgreicher verlaufen. Diese konkrete Diskussion sollte sich mit Abschaffung der Zeitumstellung in Europa erneut stellen. Neben direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern sollte der Jugendgemeinderat auf der Struktur der Schülervertretungen oder besser noch der **Schulparlamente** aufbauen, um alle Landauer Schülerinnen und Schüler repräsentieren zu können, auch wenn sie im Landkreis Südliche Weinstraße wohnen. Dieser Jugendgemeinderat braucht dann auch ein Budget und Antragsrecht für den Stadtrat.

Insgesamt wollen wir mehr Schwerpunkt- und Ganztagsschulen. Die Nachmittagsbetreuung, die bisher in manchen Schulen ehrenamtlich von Eltern getragen wird, wollen wir bei Wunsch der Initiativen in städtische Hand übernehmen und ausbauen. Außerdem steigt das Interesse an Gesamtschulen, weshalb wir langfristig einen **Ausbau der Integrierten Gesamtschule** oder eine zweite IGS für sinnvoll halten.

Ehrenamt und Stadtteilbüros

Wir GRÜNE glauben, dass ehrenamtliches Engagement andere Formen der Dankbarkeit verdient, als die rheinland-pfälzische Ehrenamtskarte. Deren Verwaltungsaufwand steht in einem Missverhältnis zu den daraus resultierenden Vergünstigungen. Stattdessen wollen wir Auszeichnungen und Unterstützungen wie den jährlichen Ehrenamtspreis ausbauen. Außerdem kann die Stadt Landau

durch die Unterstützung der Verwaltung zahlreichen Vereinen helfen. Beispiele dafür wären Bundesfreiwilligendienststellen für Landaus Terrine einzurichten und Infrastrukturen wie Stadtteilbüros in ihrer wichtigen Arbeit zu stärken. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure mit den in den letzten Jahren aufgebauten Streetworkerstellen. Diese wollen wir - wo nötig – entfristen und zu Vollzeitstellen ausbauen. Landaus Konzept gegen Obdachlosigkeit unterstützen wir.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **Flexible städtische Kitas**
- → Dauerhaft vier volle Stellen für **Streetworker**
- → **Beteiligung aller Beiräte** bei sie betreffenden Haushaltsentscheidungen
- → Konzepte für **Seniorenwohnen** in allen Stadtdörfern umsetzen
- → **Jugendhilfe** von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen und deutschen Jugendlichen bis zum Ausbildungsabschluss aufrechterhalten

5. UNIVERSITÄTSSTADT, KULTUR UND SPORT

In Landau studieren über 8000 Menschen. Anders als vielleicht noch zu Gründungszeiten der Universität leben viele von ihnen heute in unserer Stadt. Als Bürgerinnen und Bürger Landaus haben sie spezifische Perspektiven, Wünsche und Probleme, die kommunale Politik berücksichtigen sollte. Mehr noch: diese jungen Menschen sind Bereicherung, Lebensader und der wichtigste Standortvorteil Landaus gegenüber Städten wie Speyer und Neustadt. Viele kamen – ohne im ersten Moment zu wissen, wo Landau genau liegt – und haben nach einigen Semestern diese Stadt schätzen gelernt. Wichtig dafür, wie auch für das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben, sind Kultur und Sport, die **gesellschaftliche Teilhabe, Freizeit und Spaß** ermöglichen.

Wir wollen als GRÜNE, dass alle Menschen – egal wie lange sie in Landau leben und ob sie bleiben oder nicht – als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gleich geschätzt werden. Schon deshalb, weil selbst wenn neue Studierende kommen und alte gehen, die Probleme dieselben bleiben. Wohnraum und Mobilität sind seit jeher Themen, die Studierende bewegen. Und wenn ich in einer Stadt lebe, erwarte ich mehr als wenn ich dort nur arbeite. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten für Freizeitangebote vor allem an Freitagen und Samstagen verbessern und beim Sport auch abseits von Vereinen neue Möglichkeiten schaffen.

Als Stadt Landau gehört rechtlich vor allem der Schulsport zu unseren Aufgaben und als Teil der allgemeinen Daseinsfürsorge auch Wohnraum und Mobilität. Darüber hinaus aber können und wollen wir vieles anders machen als bisher. Kultur wollen wir vielseitig verstehen, von Kneipenabenden bis zu klassischen Konzerten. Sport ist nicht nur Schulsport, aber eben auch nicht nur Vereinssport.

Bei der politischen Mitbestimmung der Studierenden sorgen wir als GRÜNE mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten dafür, dass Studierende sich selbst im Stadtrat vertreten können. Darüber hinaus braucht es aber verbindlichere Gremien als Grundlage einer gemeinsamen Diskussion als bisher. **Studentinnen und Studenten müssen in Landaus Politik gehört werden.**

Als Stadt müssen wir entschieden für den **Erhalt des Universitätsstandortes Landau** eintreten. Mit Sorge verfolgen wir die Pläne für eine Fusion des Standorts Landau mit der Technischen Universität Kaiserslautern. Als GRÜNE glauben wir, dass der Standort Landau stark und groß genug ist für eine eigene Universität Landau. Mag diese Chance für den Moment vertan sein, so kann man auch als Stadt daran langfristig mitarbeiten. Wir wollen uns gegenüber dem Land stark machen für eine ausreichende Finanzierung unserer Universität und einen Erhalt des aktuellen Fächerkanons in seiner vollen Breite in unserer Stadt. Wir fordern gemeinsam mit den GRÜNEN Kaiserslauterns eine S-Bahn-Verbindung Kaiserslautern-Landau, um den Konstruktionsfehler der Universität Koblenz-Landau nicht zu wiederholen. Außerdem braucht es mehr Landesmittel für den studentischen Wohnungsbau in Landau und eine kommunale Verkehrspolitik, die das Fahrrad und den öffentlichen Personennahverkehr stärken, würde außerdem helfen, die Studienbedingungen zu verbessern und Landau als attraktive Universitätsstadt zu stärken. Es wird Zeit, dass dieser Titel mehr bedeutet, als nur eine Notiz auf dem Stadtschild zu sein.

Universitätsstadt

Die Stelle der bisher ehrenamtlichen **Universitätsbeauftragten** hoffen wir gemeinsam mit der Universität zu einer hauptamtlichen Koordinationsstelle auszubauen, die viele Schnittpunkte beider Akteure verknüpft. Sie soll in einem Transferbüro in der Stadtmitte liegen und einem Dezernat zugeordnet sein. Zu ihren Aufgaben zählt unter anderem die Organisation eines **Universitätsausschusses**, der den alten, nicht öffentlichen Rat der Stadt für Fragen der Universität und ihren Studierenden ersetzen soll. Wir setzen auf einen öffentlich tagenden Ausschuss, der sich verbindlich mit allen die Universität oder Studierende betreffenden Themen beschäftigen soll und sowohl AStA-Vorsitz als auch vom Studierendenparlament gewählte Mitglieder, die Präsidentin der Universität, das Studierendenwerk und den Freundeskreis der Universität neben den Fraktionen des Stadtrates und dem zuständigen Dezernenten umfasst. Außerdem wollen wir nicht nur jährlich sowohl Universitätsleitung als auch Studierende in Stadtratssitzungen zum Gespräch einladen, sondern auch Studierendenvertreterinnen und -vertreter bei für sie relevanten Themen in anderen Ausschüssen zu Wort kommen lassen.

Im Gegenzug erhoffen wir uns eine bessere Nutzung der durch Wissenschaft und Studium in unserer Stadt gegebenen Möglichkeiten. Es könnte neben Leistungspunkten für soziales Engagement oder für die Mitarbeit in pädagogischen Einrichtungen eine von der Universitätsbeauftragten verwaltete Liste an möglichen **Abschlussarbeiten** geben. Die städtische Verwaltung könnte fachbereichsübergreifend eine Sammlung an interessanten Themen anlegen, die für Verwaltung und Stadtpolitik von Nutzen wären. Auf diese Liste könnten Studierende und wissenschaftliche Mitarbeitende für Abschluss- und Hausarbeiten zugreifen. Neben der Förderung besonders interessanter Arbeiten halten wir langfristig auch die Schaffung eines dreijährigem Promotionsstipendiums mit regionalem Bezug und vergeben durch den Universitätsausschuss für sinnvoll. Landaus erfolgreiche Wirtschaftspolitik wollen wir darüber hinaus stärker auf die Unterstützung von Ausgründungen und Start-ups ausrichten.

Seit dem Streik 2015 ist klar, dass es für die Studierenden in dieser Stadt nicht genug Räume gibt: Wir Grüne stehen daher hinter der Idee, Landau durch einen Campus-Süd zu ergänzen. Beim Abriss der Süwega-Halle würden wir eine Bebauung durch die Universität befürworten. Der Standort bietet sich an, da er am Campus ist und Parkmöglichkeiten nah sind, was zur Vermeidung des alltäglichen Staus beiträgt. Der alte Messplatz ist groß genug, um durch sinnvolle Bebauungen für Entlastung in der Stadt zu sorgen, ohne das regelmäßige kulturelle Angebot dort einzuschränken.

Neben Wohnraum und Mobilität halten wir gerade für Studierende **kulturelle Freizeitangebote** für wichtig. Wir wollen mit einem Sommersemesterprogramm starten, das über einige Wochen besondere Angebote an Freitagen und Samstagen bietet. In Abstimmung mit dem AStA, privaten Anbieterinnen und Anbietern und der Stadt wollen wir so das in-der-Stadt-bleiben attraktiver machen. Langfristig wäre das auch auf die vorlesungsfreie Zeit auszuweiten. Dazu wollen wir den Kulturausschuss weiterentwickeln oder um einem Kulturbeirat ergänzen, in dem fest auch eine Vertreterin oder ein Vertreter des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) einen Sitz haben soll.

Für Landauer Gastronomiebetriebe, Kneipen und Bars wollen wir die **Außenbewirtungszeiten** ausweiten und den Prozess vereinfachen. Wichtig ist uns eine aktive und einfache Ansprache, sowie gegebenenfalls die Überarbeitung der Sondernutzungsgebühr. Außerdem setzen wir auf die Ab-

schaffung der Ausschanksteuer, die gerade in der Phase einer Unternehmensgründung zusätzliche Hürden für Gründerinnen und Gründer schafft. So tragen wir zur Förderung einer attraktiven Bar- und Kneipenlandschaft in Landau bei. Verhindern wollen wir, dass mehr und mehr Freizeitstätten aus der Kernstadt verschwinden. Sei es das Logo, das Gloria oder das Universum Kino – sie alle bereichern die Innenstadt, weshalb wir sie, soweit es rechtlich möglich ist, unterstützen wollen.

Wo es zu Konflikten mit Nutzenden des öffentlichen Raums und Anwohnenden kommt, setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf explizite Freiräume und eine aktive Jugendarbeit über Streetworkerinnen und Streetworker. Alkohol- und Musikverbote, wie im Ostpark eingeführt und für alle Landauer Parks diskutiert, lehnen wir ab. Viel mehr wollen wir beispielsweise am Aussichtsturm der Landesgartenschau Orte schaffen, an denen wir jungen Menschen Freiraum lassen. Mit Beleuchtungen, Toiletten, Schallmauern zum Schutz von Anwohnenden, Bänken, Mülleimern, W-LAN über Freifunk und einem passendem Leerungs- und Reinigungskonzept schaffen wir attraktive Alternativen für spätere Uhrzeiten. Da gerade Streetworkerinnern und Streetworker Vertrauen erst erarbeiten müssen, wollen wir deren Stellenperspektive durch Entfristungen verbessern.

Sollte die Bundesregierung zudem den Erwerb und Handel von Cannabis innerhalb der nächsten Legislaturperiode legalisieren, setzen wir uns für eine kontrollierte Abgabestelle in Landau ein. Auf diesem Wege werden die Verbrauchenden geschützt, Dealern der Markt entzogen und Konsumierende entkriminalisiert.

Bisher werden Studierende mit einem Gutscheinheft begrüßt, das die Stadt Geld kostet und eher zur Wirtschaftsförderung als zur Begrüßung dient. Wir setzen stattdessen auf die **Weiterentwicklung der Willkommenskultur**, indem wir die Mittel in ein Begrüßungsgeld, Schwimmbadsaisonkarten, Gutscheine für die Stadtbibliothek, ESEL-Carsharing-Versicherungen oder Monatskarten für den öffentlichen Personennahverkehr in der Wabe Landau investieren. Statt Studierende mit der Zweitwohnsitzsteuer zu gängeln, die wir als Instrument zur Einbürgerung ablehnen, sollten Anreize geschaffen werden, damit sich in Landau lebende Studierende gerne mit Erstwohnsitz in Landau anmelden. Dazu können auch ein Begrüßungspaket und Erstitüten gehören, die wir in Kooperation mit dem AStA unter ökologischen Gesichtspunkten weiterentwickeln wollen. Dazu gehören sollte ein Semesterplaner inklusive Fahrradkarte zur Verbindung der unterschiedlichen Unistandorte, ein Busfahrplan und Hinweise auf anstehende Veranstaltungen.

Kultur

Institutionen wie die Jugendstilfesthalle, das Stadtmuseum oder die Villa Streccius prägen das Landauer Kulturleben. Aber auch zahlreiche kleinere Theatergruppen, Chöre und freie Kulturinitiativen wie etwa der Verein „Leben und Kultur e.V." (Haus am Westbahnhof) oder der Verein Südstern e.V. sind für Landau eine Bereicherung, weshalb wir GRÜNE es für wichtig halten, die Landauer Kultur in ihrer Vielfältigkeit angemessen zu unterstützen.

Aus diesem Grund fordern wir mit dem **Beirat für Kultur** die Einrichtung eines unabhängigen, beratenden Gremiums, dem neben den etablierten Kulturinstitutionen der Stadt auch freie Kulturschaffende aus den unterschiedlichen Kunstsparten sowie kulturpolitische Vertreterinnen und Vertreter angehören. Der Beirat hat zum Ziel, das kulturelle Leben in der Stadt aktiv zu begleiten sowie die vielfältigen kulturellen Angebote und ehrenamtlichen Initiativen in den Stadtdörfern zu fördern.

Dem für Kulturangelegenheiten zuständigen Kulturausschuss steht es als unabhängiges Gremium beratend zur Seite und nimmt zu kulturpolitisch relevanten Vorhaben der Stadt Stellung. Darüber hinaus ist der Beirat Anlaufstelle für alle Landauer Kulturschaffenden und hat den Anspruch, deren Belange auf die Agenda der Politik und in die Öffentlichkeit zu bringen und neue Handlungsfelder für die Landauer Kulturlandschaft aufzuzeigen.

Ein **„Kulturindex Landau"** soll die kulturpolitische Stimmung in Landau abbilden und Impulse für die Diskussion zwischen Kulturschaffenden, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft geben. Im Rahmen dieses Kulturindex werden Einrichtungen des öffentlichen Kulturbereiches sowie freie Kulturschaffende, institutionelle Förderer und Betriebe der Kulturwirtschaft befragt: Wie beurteilen sie die kulturpolitische Lange in der Stadt? Wie schätzen sie die allgemeine Situation und die ihrer eigenen Sparte ein? Was sind die drängendsten Probleme für die Zukunft? Aber auch Fragen zu aktuellen kulturpolitischen Themen und Entwicklungen können im Rahmen der Befragung berücksichtigt werden. Als „Stimmungsbarometer" liefert der Kulturindex eine unabhängige und möglichst umfassende Bestandsaufnahme zu Lage und Wandel der Landauer Kultur und trägt zur Stärkung des Bewusstseins für den Wert von Kultur als Image-, Wirtschafts- und Standortfaktor bei. Erarbeitung, Durchführung und Auswertung der jährlichen Umfrage kann in Kooperation mit der Universität Koblenz-Landau erfolgen, beispielsweise dem Zentrum für Kultur- und Wissensdialog.

Mit der Schaffung eines **Kulturtickets** bieten wir Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Landau die Möglichkeit, ausgewählte Veranstaltungen der Landauer Kultureinrichtungen vergünstigt zu besuchen. Prinzipiell soll ein Kulturticket die Veranstaltungen teilnehmender Kultureinrichtungen vergünstigen und im Gegenzug diese an den Einnahmen des Kulturtickets beteiligen. Für die jeweilige An- und Abreise soll es in Verbindung mit einer Veranstaltungskarte möglich sein, den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei zu nutzen. Unser „Ruf-den-Bus"-System kann hier passgenau eingesetzt werden. Durch die Beteiligung privater Akteure und Unternehmen stärken wir auch Einrichtungen wie das Universum Kinocenter und den Gloria Kulturpalast, in denen wir auch verstärkt städtische Veranstaltungen unterbringen wollen. Auf diese Art und Weise wollen wir das Portfolio des städtischen Kulturangebots hinsichtlich eines Angebots für jüngere Menschen verbessern. Aber auch bei rein städtischen Veranstaltungen wie der Goetheparkplauderei setzen wir auf ein vielfältiges Programm, das alle Altersgruppen anspricht.

Die Vielfalt des städtischen, studentischen, schulischen und privaten Kulturangebots wollen wir in einem Veranstaltungskalender sammeln und online ständig aktualisiert zur Verfügung stellen. Auf so einer Onlineplattform könnte auch eine **Kultur- oder Freiraumbörse** ihren Platz finden, die Interessierte, Projekte, Ideen und Räumlichkeiten zusammenbringt. Damit auch die freie Kulturszene in städtischen Räumlichkeiten aufspielen kann, wollen wir diesen leichteren Zugang gewähren. Unserer Meinung nach kann das zum Beispiel darüber erfolgen, dass ihnen Räumlichkeiten an selten gebuchten Abenden oder Monaten vergünstigt angeboten werden. Wir setzen uns für ein mehrsprachiges, insbesondere auch französische Kulturangebot ein. Die Vielfalt des existierenden Angebots, auch gerade in unserer städtischen Bibliothek, wollen wir früh auch Kindern nahebringen.

Sport

Das Land sieht den Schulsport als kommunale Pflichtaufgabe, betrachtet aber jede Förderung des Vereinssports als freiwillig. Damit verbunden sind angesichts der Finanzsituation der Stadt erhebliche Einschränkungen in der Entscheidungshoheit der Stadt Landau.

Mit deutlich mehr als einer Millionen Euro strukturellen Defizits sind gerade **kommunale Schwimmbäder** eine Herausforderung. Anders als private Einrichtungen, die sich mit Spezialisierungen und enormen Eintrittspreisen auf dem Markt behaupten können, setzen wir vor allem auf die Möglichkeit des klassischen Schwimmsports und günstige Preise. Im LA OLA wollen wir deshalb eine Schwimmerkarte für 90 Minuten und eine Halbtageskarte mit einer Verweildauer von vier Stunden einführen und die Preise entsprechend anpassen. Den ungenutzten Raum oder das dunkle Kinderbecken wollen wir verändern, um die Rolle des LA OLA als Familienbad weiterzuentwickeln. Mit Blick auf die Saunalandschaft bietet sich dazu eine Kinderbetreuung an, aber auch eine Grundausstattung an Trainingsgeräten. Im Sommer wollen wir das Außenbecken nicht mehr beheizen und für Kinder mit großem aufblasbarem Spielzeug neue Attraktionen schaffen, wie das in anderen Bädern schon der Fall ist. Die zum Jahr 2019 gefundene Lösung im Gastronomiebereich begrüßen wir. Die Fahrradabstellanlagen wollen wir deutlich ausweiten, insbesondere mit Blick auf die Überdachung der Bügel. Am wichtigsten ist jedoch die Errichtung eines Lehrschwimmbeckens sowie weiterer 25-Meter-Bahnen im Außenbereich. Aktuell gibt es Wartezeiten von über zwölf Monaten und zahlreiche Schulen führen nicht den Schwimmunterricht durch, der laut Lehrplan verpflichtend wäre. Dieses zusätzliche Becken kann das Freibad im Sommer durch ein Alternativangebot entlasten, das LA OLA attraktiver machen und im Winter über eine Zeltkonstruktion weiter genutzt werden.

Das Defizit des **Freibades** ist anders als bei allen anderen Kultur- und Sporteinrichtungen mit einem Festbetrag gedeckelt. Diesen wollen wir so weiterentwickeln, dass zumindest ein Teil der besseren Jahresabschlüsse für zukünftige Investitionen oder zur Kompensation der Verluste in regenreichen Jahren eingesetzt werden kann. Langfristig hoffen wir, die Schwimmfläche um zwei bis drei Bahnen zu erweitern. Sollte eine Anpassung der Eintrittspreise erforderlich werden, wollen wir diese Maßnahme auf die Tageskarten begrenzen. Die Saisonkarte soll möglichst niedrig bleiben und weiterhin alternativ einen LA OLA-Besuch ermöglichen. Aufblasbares Spielzeug halten wir auch im Freibad für eine schöne Ergänzung des Angebots.

Bei der Sanierung der **Schulsportanlagen** wollen wir frühzeitig und konstruktiv die Schulgemeinschaften einbinden. Das Multifunktionsfeld der Integrierten Gesamtschule soll erhalten und saniert werden. Als Mittel hierfür wollen wir mindestens die geplanten über 80.000 Euro für eine weitere Fußgängerbrücke zwischen IGS und ESG einsparen. Bei der Frage der Sportplätze im Horst halten wir den Vorschlag des Stadtvorstandes für nachvollziehbar, den Horstsportplatz zugunsten einer Grundschulerweiterung und einer Mensa zu verkleinern und dafür den Horstringsportplatz zu modernisieren.

Hallenbelegungen wollen wir fair verteilen und auch nicht-vereinsgebundene Sportgruppen unterstützen. Weitere Kunstrasenplätze finden wir wünschenswert, setzen dann aber auf Feldmaße, die eine vielfältige Nutzung ermöglichen und nicht nur für Fußball geeignet sind. Bei der Finanzierung von Vereinsprojekten setzen wir auf Zurückhaltung, auch wenn wir das Engagement einzelner Vereine sehr begrüßens- und unterstützenswert finden. Aber öffentliche Gelder letztlich in von

einzelnen Sportarten in Vereinsträgerschaft genutzte Plätze und Hallen zu investieren, sehen wir kritisch.

Abseits des Schul-, Schwimm- und Vereinssports wollen wir auch gute Bedingungen für den Individualsport. Trimm-dich-Pfade, zum Beispiel im Goethe- und Nordpark oder der Parkanlage Südwest mit „Rennstrecken" für Läuferinnen und Läufer, Trinkwasserspendern an unseren Bädern und dem Sportzentrum West sowie den Erhalt und die Ausweisung ungepflasterter Laufstrecken im Gebiet der kreisfreien Stadt halten wir für sinnvolle Einzelmaßnahmen. Die kleine Skateranlage beim Albert-Einstein-Parkplatz wollen wir erhalten.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **Mobilitätsverbund Universitätsstadt:** Alle Standorte schnell und bequem ohne eigenes Auto erreichen
- → **Wohnheimquote** auf 10 % verdoppeln
- → **Universitätsausschuss** schaffen
- → **Ausbau LA OLA** um Lehrschwimmbecken und Außenbereich
- → **Beirat für Kultur** etablieren
- → **Kulturticket** einführen
- → **Kultur- und Freiraumbörse** mit Kulturkalender

6. WIRTSCHAFT UND HAUSHALT

Arbeit ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Menschen wollen aktiv sein, an etwas mitwirken und für das Einkommen der eigenen Familie sorgen. Als Mittelzentrum der Südpfalz ist Landau ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Damit einher gehen nicht nur Pendler- und Besucherströme, sondern auch in vielen Bereichen eine Vorbildfunktion für die gesamte Region. Die zusätzlichen Gewerbegebiete und die gute Arbeit der Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung sorgten für eine große Anzahl an Erweiterungen und Neuansiedlungen in unserer Stadt. Außerdem haben wir beim Ausbau der Glasfasernetze Fortschritte gemacht, hinter denen die der Digitalisierung der Stadtverwaltung noch zurückstehen. Die große Geschwindigkeit des technischen Fortschritts in diesen Bereichen erfordert kontinuierliche Anstrengungen. Als kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz hat Landau hohe Ausgaben im Bereich Soziales, die nicht von Bundes- oder Landesregierung übernommen werden, obwohl sie aus deren Gesetzgebung resultieren. Dies führt zu einem strukturellen Defizit in den Haushaltsplänen unserer Stadt, die deshalb nur Investitionen in Höhe von vier Millionen Euro Eigenmittel pro Jahr erlauben.

Für Investitionen in eine Verkehrswende, Schulen und Kitas sowie städtischen Wohnungsbau sind Kredite gut investiertes Geld, weshalb wir mehr als die momentan erlaubten vier Millionen Euro pro Jahr investieren wollen. Darum wollen wir dieses strukturelle Defizit des Landauer Haushaltes ausgleichen. Essentiell dafür ist, Landau als Wirtschaftsstandort zu erhalten. Dies kann aber nicht durch immer weitere und immer größere Gewerbegebiete erfolgen. Viel eher setzen wir auf die Stärkung der jetzt schon in Landau ansässigen Unternehmen und Ausgründungen aus unserer Universität. In der Digitalisierung wollen wir nicht nur die Datensicherheit der Stadtverwaltung stärken, sondern auch in den Bereichen Verbindungsqualität, Datenvolumenweiterentwicklung, Netzausbau in den Stadtdörfern und Arbeitsweise der Stadtverwaltung Fortschritte erzielen.

Während sich auf Bundesebene mehrere Regierungsmitglieder um die Zuständigkeit für die Digitalisierung streiten, werden dort ebenso wie auf Landesebene immer wieder Gesetze auf Kosten der Kommunen erlassen. Mit Blick auf die allgemeine finanzielle Situation der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz erwarten wir jedoch nicht, dass eine Regierung, welcher Konstellation auch immer, unsere Probleme von heute auf morgen lösen würde. Als Kommune sind wir vor allem verantwortlich für den Umgang mit Gewerbeflächen und über die politischen Leitlinien des städtischen Haushaltes. Über diesen können Schwerpunkte in allen Bereichen kommunalen Handelns gesetzt werden.

Haushalt

Unser Ziel ist ein **strukturell ausgeglichener Haushalt**. Das bedeutet, dass wir Kreditaufnahmen für Investitionen in den Bereichen Bildung, Mobilität und Wohnen befürworten, jedoch ein geplantes Defizit bei regulären Ausgaben und Einnahmen ablehnen. Investitionen, denen ein Wert etwa in Form einer neugebauten Kita gegenübersteht, unterstützen wir, während Schulden für die monatlichen Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ein grundsätzliches Problem darstellen.

Wir sind überzeugt, dass die **Stadtverwaltung Landau** eher zu wenige als zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Außerdem würden Einsparungen beim Personal Genehmigungsprozesse verlangsamen und Schlangen auf Ämtern verlängern. Viel eher steht die städtische Verwaltung im Konflikt mit dem privaten Sektor, der oft höhere Löhne zahlen kann. Deshalb setzen wir auf möglichst baldige Entfristungen und Stellenaufstockungen, sowie Vorbildcharakter bei flexibler Arbeitszeit und Rückkehr auf Vollzeit nach Erziehungszeiten.

Die **Gewerbesteuer** als reine Gewinnsteuer ist ein sinnvoller Weg zur Reduktion des strukturellen Defizits. Unternehmen sind nicht nur angewiesen auf Gewerbegebiete, sondern auch auf soziale Infrastruktur und Wohnraum für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem sind bei der Gewerbesteuer bereits alle Ausgaben für Personal und Investitionen sowie ein Sockelbetrag abgezogen. Nur wer über diese Punkte hinaus Gewinn erwirtschaftet, wird also durch diese Steuer belastet. Deshalb wollen wir die Gewerbesteuer erhöhen, auch weil umliegende Gemeinden bei einer solchen Erhöhung wohl zumindest teilweise mitziehen würden.

Neben der Gewerbesteuer ist die **Grundsteuer B** auf bebaute Grundstücke die wichtigste vom Stadtrat bestimmbare Steuer. Diese wird gerade auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes überarbeitet. Bisher kann sie von Vermieterinnen und Vermietern vollständig auf die Nebenkosten umgelegt werden. Die Gesetzesänderungen wollen wir abwarten. Insgesamt entspricht der Minimalschritt einer Erhöhung der Grundsteuer B Einnahmen von 15.000 Euro pro Jahr für die Stadt, also ca. 31 Cent pro Mensch und Jahr, wovon ein Gutteil auf Unternehmen entfallen würde. Deshalb halten wir auch hier eine Erhöhung für möglich, um mehr in die kommunale Daseinsfürsorge investieren zu können.

Die **Grundsteuer A,** erhoben auf landwirtschaftliche Flächen, wollen wir maximal der Inflation anpassen, die **Hundesteuer** gar nicht. Abschaffen dagegen wollen wir die **Schankerlaubnissteuer**, da sie Unternehmensgründungen im Gastronomiesektor unnötig erschwert.

Wirtschaft

Eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt liegt in der Gestaltung des Miteinanders von Wirtschaftsakteuren und Einwohnerinnen und Einwohnern. Durch die Umwandlung von insbesondere ungenutzten kernstädtischen Gewerbegrundstücken in Wohnfläche, wird Nachverdichtung ermöglicht und ansässige Gewerbetreibende erhalten die Möglichkeit sich in Gewerbegebieten zu günstigeren Konditionen zu vergrößern oder zu modernisieren. Teilweise sind innerstädtische Gewerbe in alten niedrigstöckigen Gebäuden, die den modernen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Durch die Vergabe der Gewerbeflächen zu günstigen Preisen an lokale Gewerbetreibende können Anreize geschaffen werden. Nicht nur bei Privatpersonen, sondern auch bei kernstädtischen Gewerbetreibenden und Gastronomiebetrieben, sollte die Stadtverwaltung flexibel auf Bitten zur Umwandlung von Autoparkplätzen in Fahrradabstellanlagen reagieren und diesen entsprechend nachkommen.

Wir wollen bestehende **Gewerbegebiete** vor allem für Verlagerungen und Erweiterungen nutzen, um Landauer Unternehmen zu fördern. Konflikte um Abwerbungen oder wie um den Fall Röther halten wir für die gesamte Region für schädlich. Wir lehnen weitere Erweiterungen des Gewerbegebietes ab. Bei Ansiedlungen wollen wir auf Vielfalt der Angebote achten und Landauer Unternehmen keine zusätzliche Konkurrenz schaffen. Landau braucht kein drittes Kino oder das sechste

Fitnessstudio.

Wir begreifen **soziale Infrastruktur wie Kitas und Ganztagesschulen** auch als wirtschaftliche Standortfaktoren. Deshalb wollen wir flexible städtische Kitas schaffen, die arbeitnehmerfreundliche Betreuungszeiten anbieten. Diese sollten von 6 bis 20 Uhr reichen, mit Blick auf das Kindeswohl jedoch mit einer täglichen Höchstverweildauer von neun Stunden pro Kind beschränkt werden. Wo es an Betreuungsangeboten in Schulen mangelt oder Elterninitiativen diese an die Stadt übergeben wollen, wollen wir diese übernehmen bzw. ausbauen.

Gerade in der Phase der **Gründung kleiner Unternehmen und Ausgründungen** der Universität brauchen diese Unterstützung. Wir stellen uns vor, dass das Gebäudemanagement Landau in seiner gewerblichen Sparte entsprechende Immobilien kauft oder innerhalb eines neuen Quartiers baut, um diese mit einer Staffelmiete zu vermieten. Auf diese Art könnten Gründungen wie auch schwierig zu finanzierende Projekte wie Dorfläden gerade in der Anfangsphase unterstützt werden.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **Strukturell ausgeglichener Haushalt**
- → Erhöhte **Investitionen** in flexible Kitas und städtischen Wohnungsbau
- → **Gewerbegebietserweiterungen** auf D12 **beschränken**
- → Kauf der **Immobilien für Dorfläden** und deren günstige Vermietung über den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Landau (GML)

7. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

Als ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte folgen wir denselben Prinzipien und Grundsätzen wie jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier: von Parteien nominiert, von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, nur dem eigenen Gewissen verpflichtet, vertreten wir die gesamte Bevölkerung im Rat der Stadt Landau. Doch hier endet Demokratie nicht. Sie schließt die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger bei konkreten Projekten mit ein, aber auch die Verteidigung unseres Rechtsstaates auf der Straße.

Als GRÜNE wollen wir die große Koalition aus CDU, SPD und FWG ablösen. Dieses Bündnis zeigt keine klare Haltung, wenn es um Verkehrswende, Klimaschutz, Wohnungsnot und um den Kampf gegen Rechts geht. Landau braucht ein festes Bündnis mit klaren gemeinsamen Zielen und einer stabilen Mehrheit aus möglichst wenigen Fraktionen.

Um Landau stärker und besser zu machen, beteiligen wir Menschen schon vor konkreten Entwürfen und Überlegungen der Politik. Die Gelegenheit zur Meinungsäußerung verbessert Prozesse und eine solche Politik des Gehörtwerdens kann zu Akzeptanz auch bei Kritikerinnen und Kritikern beitragen.

Damit Bürgerbeteiligung und Transparenz einfacher wird, hat die GRÜNE Landtagsfraktion das Transparenzgesetz erstritten. So wurden viele Prozesse verbessert, Beteiligung gestärkt und die Transparenz insbesondere von Gremien deutlich erhöht

Bürgerbeteiligung

Wir setzen auf die **Politik des Gehörtwerdens** und fordern mehr Dialog zwischen den Menschen, der Verwaltung und der Politik. Wenn Baumaßnahmen von Wohnquartieren oder Straßen anstehen, wollen wir die Bürgerinnen und Bürger schon vor Beginn konkreter Planungen beteiligen. So holen wir ihre Meinung, Kritik und Vorschläge ein und können diese bei den Planungen berücksichtigen. Informationen stellen wir **fair und transparent** zur Verfügung, seien es Analysen und Konzepte von oder für die Stadtverwaltung. Zudem schaffen wir projektbezogene Bürgerbeteiligungen, die den Prozess begleiten. Wenn wir andere Schwerpunkte setzen oder Entscheidungen treffen, werden wir Kritikerinnen und Kritikern offen begegnen und uns argumentativ mit ihren Punkten auseinandersetzen. Unterschiedlichste Beteiligungsprozesse zeigen, dass so auch die Akzeptanz bei Gegnerinnen und Gegnern eines Prozesses wächst und Verständnis für Maßnahmen geschaffen wird.

Beteiligung fängt im Alltag an. Über einen zentralen **Mängelmelder** auf der Website der Stadt wollen wir Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, schnell und einfach mit der Verwaltung in Kontakt zu treten und Mängel an der öffentlichen Infrastruktur zu melden. Dazu zählen Alltagsärgernisse wie Gehwegschäden, defekte Straßenlaternen, verschmutzte Kinderspielplätze, Schlaglöcher und ähnliches. Die gemeldeten Schäden sind öffentlich einsehbar und können von

der Verwaltung kommentiert werden. Ein solcher Mängelmelder kann zudem die Vorstufe zu einer echten Ideen- und Beteiligungsplattform sein, wie sie in anderen Städten bereits erfolgreich etabliert wurden, beispielsweise in Trier.

Beiräte

Allen Beiräten wollen wir zukünftig ein **Budget** zur Verfügung stellen, um so insbesondere die Arbeit von Migrations-, Behinderten- und Seniorenbeirat zu unterstützen. Bei Ortsbeiräten soll dieses Budget wachsen und zusätzlich zu einem Sockelbetrag an der Bevölkerungszahl bemessen werden. Mit diesen Mitteln sollen Ortsbeiräte zukünftig in der Lage sein, auch eigene Projekte finanzieren zu können, da wir ein „Ansparen" dieser Mittel ermöglichen wollen. So können die Prioritätslisten der Ortsbeiräte von Wunschlisten zu konkreten Planungen weiterentwickelt werden.

Für möglichst alle Beiräte wollen wir Vertretungsmöglichkeiten der entsandten Stadträte einrichten. Ortsbeiräte und bevölkerungsgruppenspezifische Beiräte wollen wir bei betreffenden Themen beteiligen. Um größeren Teilen unserer Bevölkerung diesen Weg der Repräsentation zu eröffnen, setzen wir auf die Entwicklung eines Jugendparlaments und zusätzliche Ortsbeiräte für Wollmesheimer Höhe und Horst. Für das Jugendparlament halten wir eine Kombination aus Entsendungen durch Landaus weiterführende Schulen, um auch in der Südlichen Weinstraße wohnende Schülerinnen und Schüler beteiligen zu können, sowie Wahlen über das Haus der Jugend für einen gangbaren Weg, um neben projektbezogener Jugendbeteiligung ein festeres Gremium zu etablieren.

Für alle Beiräte wollen wir die **Aufwandsentschädigungen** der Inflationsentwicklung angleichen und aneinander anpassen.

Widerstand gegen Rechts

Im letzten Jahr musste die Südpfalz erleben, wie rechte Gruppierungen von AfD über Reichsbürger, Anti-Demokraten bis hin zu Identitären versuchten, jede Gelegenheit für ihre Agenda zu nutzen. Unsere Erfahrungen als GRÜNE, insbesondere mit Blick auf Ostdeutschland, sprechen eine deutliche Sprache: solche Aufmärsche laufen sich nicht tot, indem man sie ignoriert. Rechten den öffentlichen Raum zu überlassen, ist gefährlicher, als sich ihnen in den Weg zu stellen. **Manchmal wird unsere Demokratie auch auf der Straße verteidigt.** Deshalb wollen wir die Möglichkeiten des Ordnungsamtes nutzen, um solche Demonstrationen zu erschweren. Das Recht auf Versammlungsfreiheit gilt nur innerhalb des Rechtsstaates und erlischt in dem Augenblick, in dem ein Umsturz und Revolte gegen diesen Rechtsstaat propagiert werden. Um Landauer Veranstaltungen zu schützen, seien es öffentliche oder private, sollte jeder Spielraum genutzt werden.

Als GRÜNE stehen wir prinzipiell in einer antifaschistischen Tradition. Mit dieser wollen wir uns mit anderen demokratischen Parteien, Zivilgesellschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Studierenden rechten Aufmärschen friedlich entgegenstellen. Wir stellen Infrastruktur bereit, melden Demonstrationen an und übernehmen organisatorisch Verantwortung, zum Beispiel bei der zeitlichen Abstimmung unterschiedlicher Aktionen. Dabei achten wir auf **vielfältige Möglichkeiten des Protestes**, damit jede und jeder für sich eine passende Möglichkeit findet. Wichtig ist hier die Wahrnehmbarkeit des Widerstandes.

Die zentrale Partei des Rechtsrucks in Teilen der Bevölkerung ist die AfD. Die den Holocaust als „Fliegenschiss“ verunglimpfende Führung dieser Partei wird der Geister, die sie rief, nicht mehr Herr. Auf allen Ebenen halten wir es deshalb für wichtig, sie inhaltlich zu stellen und demokratisch zu isolieren. Kaum ein Problem der Bundesrepublik Deutschland geht auf die Hilfsbereitschaft gegenüber vor Krieg und Vertreibung geflüchteter Menschen oder auf das Grundrecht auf Asyl des Grundgesetzes zurück. Wir werden prinzipiell keinen Anträgen von AfD-Stadträten zustimmen, auch zukünftigen ehemaligen AfD-Stadträten keine Aufnahme in unsere Fraktion ermöglichen und keinen eigenen Antrag von der Zustimmung von AfD-Stadträten abhängig machen.

Stadtrat, Fraktionen und Stadtvorstand

Bürgerbeteiligung ist eine gewinnbringende Ergänzung repräsentativer Demokratie. Aber nicht alle 48.000 Landauerinnen und Landauer können sich ständig mit den Fragen und Prozessen auseinandersetzen, die die Aufmerksamkeit kommunaler Politik einfordern. Teilweise ist es so, dass innerhalb weniger Tage hunderte Seiten an Material an Vorlagen, Studien, Einschätzungen, Anträgen und Resolutionen gelesen und diskutiert werden. Hinzu kommen beinahe jede Woche Fraktionssitzungen, große und kleine Ausschusssitzungen, Aufsichts- und Verwaltungsräte sowie Termine jeglicher Art als Teil der Aufgaben der ehrenamtlichen Ratsfrauen und Ratsherren. Deren Zeitaufwand ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Mit der Einrichtung von **Mobilitäts- und Universitätsausschuss** wollen wir zwei zusätzliche Gremien einrichten, die für fachbezogene und durch ihre Öffentlichkeit auch transparentere Diskussionen sorgen. Außerdem wollen wir die Möglichkeit schaffen, zumindest für bestimmte Tagesordnungspunkte Bild- und Tonaufnahmen im Stadtrat zu gestatten. Fraktionen sollen im Vorfeld einer Sitzung die Aufnahme beantragen können, damit Stadträtinnen und Stadträte die Chance zur angemessenen Vorbereitung haben. Und auch die Abkehr von statischen Reihumbeiträgen würde zu einer **lebhafteren Debattenkultur in Stadtrat und Ausschüssen** führen. Vom Stadtvorstand erwarten wir eine offenere Herangehensweise und eine neutralere Moderation der Debatten.

Die Aufwandsentschädigungen und Fraktionsmittel, die seit Einführung des Euro nicht mehr erhöht wurden, wollen wir an die Inflationsentwicklung seitdem anpassen. Bei den Fraktionsmitteln wollen wir darüber hinausgehen, aber Richtlinien für deren Verwendungsmöglichkeiten klarstellen. Dazu gehören Fraktionsgeschäftsführende, Angestellte, politische Bildungsfahrten, Fortbildungen, Software, Bücher und Zeitschriften, Veranstaltungen, Flugblätter und Kinderbetreuung. Um auch Müttern und Vätern die Übernahme politischer Mandate zu ermöglichen, wollen wir entweder über die Fraktionsmittel oder für jeden Stadtrat einzeln die unbürokratische Möglichkeit schaffen, für Stadtrats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen eine Kinderbetreuung anzustellen.

Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeit zur Wahl von **Fraktionsdoppelspitzen** schaffen. Sollte sich eine Fraktion dann für eine Doppelspitze entscheiden, entfällt ein Stellvertreterposten. Durch eine Staffelung der Fraktionsvorstände (eine Stellvertretung ab vier, zwei Stellvertretende ab sieben und drei Stellvertretende ab zehn Fraktionsmitgliedern) belassen wir die Entscheidung über die eigene Struktur jeder Fraktion selbst.

Mit nur zwei hauptamtlichen und einem ehrenamtlichen Mitglied ist der Landauer **Stadtvorstand** das am schwächsten besetzte Führungsgremium unter den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz. Gerade Klimaschutz-, Energie- und Umweltpolitik leiden unter diesem Zustand. Wir sind deshalb für die Erweiterung des Stadtvorstandes auf mindestens drei hauptamtliche Mitglieder. Bei ehrenamtlichen Strukturen, seien es Beigeordnete oder Beauftragte wie einer Radfahrbeauftragten, setzen wir auf eine angemessene Aufwandsentschädigung, die eine Reduktion der Wochenarbeitszeit im Beruf ermöglicht.

Dem Thema **Kreisfreiheit** stehen wir recht gelassen gegenüber, da wir glauben, der Verlauf der Studienveröffentlichungen im vergangenen Jahr hat das Thema bereits beendet. Sollte es dennoch zum Verlust der Kreisfreiheit oder einer Kreisgebietsreform in der Südpfalz kommen, wollen wir, dass jedes nicht mit der Kernstadt räumlich verwachsene Dorf die Möglichkeit erhält, über seine Zugehörigkeit zur Stadt Landau selbst zu entscheiden.

Koalitionen

Wir GRÜNE des Jahres 2019 verstehen uns als linksliberale ökologische Partei, die Linke, Konservative und Liberale vereint. Gegründet aus Bewegungen und Bürgerinitiativen und die Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR im Namen tragend, befinden wir uns heute gesamtpolitisch in einer Zeit der Umbrüche.

Wenn rechte Parteien in Parlamenten sitzen, die man nicht an einer Regierung beteiligt sehen möchte, und sich linke und wirtschaftsliberale Parteien teilweise einer Beteiligung an Mehrheiten verweigern, ist Regierungsbildung schwierig.

Wir GRÜNE stehen unter zwei Bedingungen bereit, in eine Koalition einzutreten. Einerseits wesentliche Änderungen zentraler Politikfelder wie Wohnen, Mobilität und Klimaschutz, andererseits der Ausschluss rechter und populistischer Kräfte. Um das zu erreichen und für fünf Jahre eine klare gemeinsame politische Linie zu verfolgen, bevorzugen wir eine feste Zwei-Parteien-Koalition.

ES WIRD ZEIT – DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- → **Beteiligungsprozesse** schon vor der rechtlichen Notwendigkeit etablieren
- → **Diskussionskultur** durch bessere Debatten und Aufnahmen im Stadtrat wandeln
- → Sich **Rechten entgegenstellen**, im Stadtrat wie auch auf der Straße
- → **Koalition aus CDU, SPD und FWG ablösen**

Das Kommunalwahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung am 1. Februar 2019 in Landau beschlossen.

Herausgeber*in

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Landau
Weißquartierstraße 48
76829 Landau in der Pfalz

E-Mail: hallo@gruene-landau.de
Internet: www.gruene-landau.de

V.i.S.d.P.

Lea Heidbreder, Sven Kaemper

Spendenkonto

Bankinstitut: Sparkasse Südliche Weinstraße
IBAN: DE35 5485 0010 0000 0703 42
BIC: SOLADES1SUW
Verwendungszweck: „Spende“ sowie Deine Adresse